

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 2,50 M., im Voraus zahlbar, Postzeitung 4,22 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung ps- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnenten 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnpreis 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbildung“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend
29. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 40 Pf. Reichszeitung 4,- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pf. (schlief zwei Heftgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Absatz 12. Zahl. Siebengehebe das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Hindenburgstr. 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. V. u. Disc.-Ges., Postfach 1, Jerusalemstr. 65-66.

Braun über Reichsreform.

Er denkt nicht daran, in die Reichsregierung einzutreten.

Königsberg, 28. August.

Ministerpräsident Braun sprach heute abend in einer öffentlichen Versammlung in der Stadthalle über die Lehren des Volkenscheiters. Einleitend beschäftigte sich Braun mit dem Ausfall des Volkenscheiters und ging in diesem Zusammenhang nochmals auf die letzte Rotverordnung ein, die nicht die Pressefreiheit beeinträchtigen sollte, sondern sich lediglich gegen Schwindel- und Schimpffreiheit richtete. Leider habe die Verwilderung des Pressewesens solche Zwangsmassnahmen nötig gemacht. Eine verlogene Pressehege führe zu den erschütternden Erscheinungen in den Kämpfen der politischen Richtungen untereinander, und schließlich zu den Mordanschlägen an Polizeibeamten. Der Redner ging auf das jetzige Verhalten der Volkenscheitersparteien untereinander ein, deren Niederlage nicht hindere, daß Hitler sich dem Reichskanzler Brüning anbiete. Das Zurückbleiben der masslosen Agitation deute auf ein Knappwerden der Weidmittel hin. Die Folgen der von den sogenannten Wirtschaftsführern zur Behebung der Wirtschaftskrise betriebenen Gehalts-, Lohn- und Soziallastensenkung zeigen sich auch im Rückgang der Steuereinnahmen empfindlich und erzwingen eine Drosselung der Sachausgaben der Verwaltung, was natürlich wieder auf den Beschäftigungsgrad der Industrie und den Geschäftsgang des Handels und Gewerbes zurückwirke. Gerade die öffentliche Zwangslage zeige, daß das

Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nicht haltbar sei.

Aus dieser Erkenntnis entspringt die Anregung des Ministerpräsidenten, eine Reichsverwaltungsreform in die Wege zu leiten. Der Ministerpräsident verwies auf seinen Verfassungsentwurf zum 11. August, der seinen Standpunkt darlegte. Gegenüber der Verdächtigung, als wolle er sich durch die Reichsverwaltungsreform eine Lebensstellung verschaffen, erklärte Braun: Ich kann erklären, daß ich nicht in die Reichsregierung einzutreten gedenke. Mein Standpunkt ist, daß

das Problem der Reichsreform kaum durch freie Entschließung der Parlamente zu lösen sein wird, sondern daß die Not der Zeit uns einmal zwingen wird, es, wenn nicht anders so durch einen Volkenscheid zu lösen.

Jetzt scheint mir durch die Wirtschaftsnot die Entwicklung soweit gediehen, daß man diese Angelegenheit in Angriff nehmen muß.

Ich denke zuerst an eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen Preußen und Reich, um den zum Teil mit Recht, teilweise aber auch über Gebühr beklagten Dualismus Preußen-Reich zu beheben. Was ich seit Wochen erwogen und in seinen Einzelheiten prüfe, ist leider zum Teil in die Öffentlichkeit gelangt. Das hat zu Erörterungen geführt, die einer sachlichen Erledigung nicht gerade förderlich sind. In der Reichspresse wurde behauptet, daß mein Vorgehen durch die Furcht vor einer Niederlage bei den Landtagswahlen im nächsten Frühjahr ausgelöst worden ist. Das ist schon deshalb abwegig, weil zu Furcht ja gar kein Anlaß ist, da die Volkenscheitersparteien am 9. August über zwei Millionen Stimmen weniger aufgebracht haben, als am 14. September. Vielmehr scheint mir die Besorgnis der Reichsregierung vor der Abrechnung bei den nächsten Landtagswahlen am Plage. Das „Deutschland erwache“ der Nationalsozialisten blieb nicht ohne Erfolg.

Das deutsche Volk ist erwacht

und hat erkannt, daß die Parteien, die bar jeden vernünftigen politischen Programms vornehmlich mit der Beschimpfung und Verunglimpfung ihrer politischen Gegner, mit Revolver, Messer und Schlagring werden, und nur in das Chaos und die Katastrophe führen können. Deshalb ist das Gebot der Stunde für die republikanischen Parteien, nachdem sie dem Ansturm ihrer Gegner in Preußen unter dem Felszeichen der Republik standgehalten haben, zum Angriff überzugehen und die Gegner der Republik noch weiter zurückzuschlagen. Dann werden die Republikaner bei den Wahlen im Mai nächsten Jahres siegreich über ihre Widersacher sein.

Wirtschaft und Reichsfinanzen.

Das Schicksal der Hauszinssteuer.

Wir haben einen schweren, bitteren Winter zu erwarten. Der Reichskanzler selbst hat das Wort von den sieben Millionen Arbeitslosen ausgesprochen. Gewiß ist es mühslich zu prophezeien; aber untersucht man die gegenwärtige Wirtschaft- und Kreditlage Deutschlands, fragt man weiter nach den Aussichten, wie diese Lage in den nächsten Monaten von innen oder außen her gebessert werden könnte, so wird man zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß diese düstere Schätzung nicht völlig ohne Anhaltspunkte ist. Ist man aber, so müssen wir fragen, im Reichsfinanzministerium genau so auf den kommenden Winter gerüstet, wie man die Öffentlichkeit darauf vorbereitet?

Die Lage der Reichsfinanzen ist augenblicklich noch sehr in Dunkel gehüllt. Die Steuereinnahmen im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres waren nicht ermutigend. Im Juli standen sie ganz unter dem Zeichen der Zahlungsstörung, im August scheint allerdings dank der hohen Verzugszinsen der katastrophale Rückschlag des Juli wieder weitgemacht zu sein. Zu übertriebenem Optimismus besteht aber sicher nicht der geringste Anlaß. Dasselbe gilt für die Kreditlage des Reichs. Die Inkrustierung des Hoover-Plans hat zwar das Reichsfinanzministerium in die Lage versetzt, den Bankkredit, den es im Juni zu drückenden Zinsen aufnehmen mußte, vorzeitig zurückzahlen. Aber ob auch die bisher eingetretene Hoover-Entlastung zu Schuldentilgungen verwendet werden konnte, ob und wie weit überhaupt die ursprüngliche Absicht der Regierung, die Reparationsentlastung zum Abbau der schwebenden Schulden zu verwenden, sich durchführen lassen wird, auf alle diese Fragen weiß heute die Öffentlichkeit noch keine Antwort.

Liegt die Zukunft der Reichsfinanzen im Dunkel, so haben die letzten Wochen auf das Schicksal der Länder- und Kommunalfinanzen ein grelles Licht geworfen. Länderdefizite, die zusammengenommen in die Hunderte von Millionen gehen, paaren sich mit Kommunaldefiziten, die in ihrer Gesamtheit vom Städtetag auf 800 Millionen geschätzt wurden. Dabei ist aber ein eventuelles Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf die von Brüning genannte Ziffer weder bei den Reichs- noch bei den Kommunalfinanzen berücksichtigt. Wir wissen, daß alle Länder und Städte heute am Werk sind, gegen ihre Defizite durch drakonische Maßnahmen, die die unsozialsten und geradezu wirtschaftszerstörende Wirkungen haben müssen, anzukämpfen. So unerträglich und korrekturbedürftig diese Maßnahmen vielfach auch sind, sie werden nicht zureichen, die Riesenschulden der Defizite zu stopfen. Selbst der Städtetag, der diese Maßnahmen anempfahl, mußte feststellen, daß es trotz allem ohne die Hilfe des Reichs nicht gehen wird.

Man sollte denken, daß es angesichts dieser Situation keine andere Sorge geben kann als die Frage, wie die bestehenden und kommenden Defizite gedeckt werden sollen. Man mag dabei überlegen, ob und wie weit die Hoover-Entlastung auch für diese Zwecke eingesetzt werden soll. Wir haben seit langem schon den Standpunkt vertreten, daß das Reich nicht auf der einen Seite Schulden in Milliardenhöhe tilgen und auf der anderen Seite die Kommunen verkommen lassen und die Erwerbslosen dem bittersten Elend preisgeben kann. Man wird weiter ernsthaft überlegen müssen, ob man nicht noch die eine oder andere neue Einnahmequelle für diese Zwecke erschließen muß. Denn daß es auch heute noch unerschlossene Einnahmequellen gibt, steht außer Frage.

Mit Fragen dieser Art wird man sich schleunigst befassen müssen, und jeder Tag, an dem man in der Wilhelmstraße zögert, ist verloren. Aber völlig fassungslos steht man der Tatsache gegenüber, daß man sich in diesem Augenblick, in dem man, wie aufgezeigt, doch wirklich andere und dringlichere Sorgen haben mußte, ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen scheint, ob man eine Steuer, die bisher zu den weitaus ergiebigsten Einnahmequellen gehört, nämlich die Hauszinssteuer, senken oder gar abbauen soll. Interessentenkämpfe und Interessenteneinflüsse gibt es natürlich in allen Ländern. Aber man kann sich nicht vorstellen, daß es in irgendeinem Lande möglich wäre, daß man in einem Zeitpunkt schwerster Finanznot des Staates und radikalsten Drucks auf die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung, daß man angesichts eines Milliardendefizits in Reich, Ländern und Gemeinden sich ernsthaft mit der Frage des Abbaues einer Milliardensteuer beschäftigt. Und aus welchem Grund wurde diese Frage plötzlich aktuell? Man findet beim ernsthaften Nachdenken keinen anderen Grund, als daß ein mächtiger und geschickt vorgehen-

Frankeichs Hilfe an England.

800-Millionen-Mark-Kredit abgeschlossen.

Paris, 28. August. (Eigenbericht.)

Die französisch-englischen Verhandlungen über eine Kreditoperation zugunsten Englands sind heute abend mit dem Abschluß eines Abkommens beendet worden, auf Grund dessen eine Gruppe französischer Banken unter der Aufsicht der französischen Regierung und der Bank von Frankreich der englischen Regierung und der Bank von Frankreich der englischen Regierung

Mittel bis zur Höhe von 5 Milliarden Franken (über 800 Millionen Mark. Red.) zur Verfügung stellt.

und zwar teilweise in Form einer Krediteröffnung, teilweise durch Ausgabe von Schatzbons mit einjähriger Laufzeit, die im Publikum untergebracht werden sollen. Die ursprünglich beabsichtigte gemeinsame Aktion der französischen und amerikanischen Banken ist nicht zustande gekommen, denn in der vom Finanzministerium ausgegebenen Verkaufsbearbeitung heißt es ausdrücklich, daß die in New York geführten Verhandlungen über die Eröffnung eines Kredites von 200 Millionen Dollar noch im Gange sind. Das Scheitern der gemeinsamen Aktion scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß die französischen Banken, um die Kreditkosten nicht auf eigene Rechnung zu übernehmen, die Ausgabe von Schatzbons im Publikum wünschen, was sie auch teilweise durchgeführt haben, während die amerikanischen Banken einen reinen Kredit vorziehen.

Der Leiter des englischen Schatzamtes, Sir Frederic Leith-Ross, sprach nach Abschluß der Verhandlungen dem Finanzminister in London

Dank des Schatzkanzlers Snowden

für die gewährte Hilfe aus. Fiandin äußerte seine Freude über den Erfolg der Verhandlungen und erklärte, daß die Regierung und die französischen Finanzkreise den Wunsch haben, aktiv an jedem Unternehmen mitzuarbeiten, das dazu bestimmt ist, eine normale

Situation auf dem internationalen Devisenmarkt wieder herzustellen, was ein Beweis für das berechtigte Vertrauen sei, das der englische Kredit in der Welt genießt.

Unterhausfraktion gegen Macdonald. — Henderson zum Führer gewählt.

London, 28. August. (Eigenbericht.)

Die Unterhausfraktion der Labour Party schloß sich am Freitag den Beschlüssen der Gewerkschaften und der Leitung der Labour Party gegen die Regierung Macdonald an. Henderson wurde gegen sechs Stimmen, die von Abgeordneten der Unabhängigen Arbeiterpartei abgegeben wurden, an Stelle Macdonalds zum Vorsitzenden gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Clynes bestimmt. An der Fraktionsführung nahm auch das Mitglied der Konzentrationsregierung, Lord Sankey, teil. Er erklärte, daß sein Eintritt in die neue Regierung lediglich mit Rücksicht auf die bevorstehende Indienkonferenz erfolgt sei. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses dieser Konferenz sei seine Mitwirkung an den Besprechungen mit den indischen Führern erforderlich.

Die konservative Parlamentsfraktion billigte am Freitag das Verhalten Baldwin und die Teilnahme mehrerer konservativer Parlamentarier an der Regierung einstimmig. Die liberale Fraktion stimmte dem Verhalten ihrer Führer gegen zwei Stimmen zu.

Presserevertoren gegenüber erklärte Henderson in Beantwortung verschiedener Fragen, daß er zwar prinzipiell auch nach dem Sturz der Arbeiterregierung als Vorsitzender der nächstjährigen Abrüstungskonferenz fungieren könne. Aber ob er tatsächlich diese Aufgabe werde erfüllen können, hänge von dem Zeitpunkt der bevorstehenden Neuwahlen ab. Wenn die Wahlen nicht vor Ende des Jahres stattfinden würden, werde er kaum frei sein, um nach Genf zur Abrüstungskonferenz gehen zu können. Er gab abschließend der Ueberzeugung Ausdruck, daß es der Arbeiterpartei auch ein drittes Mal gelingen werde, die Regierungsgewalt zu erobern.

Die Erdrosselung der Städte.

Protestversammlung der Berliner Gemeindebeamten.

Seitern abend nahm eine Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten gegen die geplante neue Kürzung der städtischen Beamtengehälter Stellung. Der Berliner Stadtkämmerer Bruno Asch sprach dabei ausführlich über die Finanzlage der Stadt Berlin.

Die Städte, so führte Asch aus, leiden seit Jahren unter der Last ihrer kurzfristigen Verschuldung und dem Auseinanderklaffen ihrer Einnahmen und Ausgaben. In der letzten Zeit haben sich die Dinge in einer Weise zugespitzt, daß mit den bisherigen Mitteln und Maßnahmen nicht mehr auszukommen ist. Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen steigt immer weiter. Auf der anderen Seite schrumpfen die Steuereinnahmen mehr und mehr zusammen. Daneben besteht die

völlige Unmöglichkeit, irgendwelche Kredite für die Gemeinden herinzunehmen.

Den öffentlichen Banken ist dies durch Rotverordnungen untersagt, was natürlich auf die privaten Banken für die Gewährung von Krediten nicht gerade anregend wirkt. Wenn nicht die Reichsregierung eine Kassenhilfe leistet, sind die Gemeinden nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht in der Lage, ihre fälligen Verpflichtungen zu erfüllen. Es wäre falsch, die Öffentlichkeit darüber auch nur einen Augenblick im unklaren zu lassen. Es geht nicht mehr an, die Hilfe für die Wohlfahrtsverwerbslosen, die ein konjunkturelles Problem ist und nur von der Gesamtheit gelöst werden kann, weiter als eine „lokale Angelegenheit“ hinzustellen.

Aber im Reich ist man sehr schwerhörig. Man hat nur eine Antwort: „Sentenze Beamtengehälter!“ Darauf haben wir erwidert:

Auch wenn wir unseren Beamten gar keine Gehälter mehr zahlen,

brauchen wir trotzdem noch die Hilfe des Reiches. Ohne wirksame Reichshilfe können wir mit den Dingen nicht fertig werden. Wir wollen nur hoffen, daß wir nicht noch weitere Kürzungen machen müssen, als durch den Deutschen Städtetag beabsichtigt ist; denn trotz aller Sparmaßnahmen droht immer noch die Gefahr, daß wir unter Umständen die öffentlichen Kassen werden schließen müssen.

Vielleicht würden wir das alles noch ertragen, wenn wir sehen würden, daß die jetzigen Entbehrungen uns den Weg zum Wiederaufstieg ebnen, wenn wir eine klare Linie sähen, die

übrigen im Einvernehmen mit Otto Dannenberg erfolgt ist, läßt einen strafrechtlichen Tatbestand nicht erkennen. Dasselbe gilt hinsichtlich der angeblich beabsichtigten Bordatierung des Uebereignungsvertrages durch den Kaufmann Erwin Dannenberg.

Soweit Sie sich zum Beweis dafür, daß der Beschuldigte weitere Straftaten begangen haben soll, auf den Zeugen Koeller berufen haben, besteht für mich zu einem strafrechtlichen Einschreiten keine Veranlassung, da dieser Zeuge erklärt hat, er könne aus eigener Sache keine Angaben machen.

Der Vorwurf der Wahlfälschung ist unbegründet. Ein Vergehen im Sinne des § 108 StGB. liegt schon deshalb nicht vor, da es sich nicht um eine Wahl in einer öffentlichen Angelegenheit gehandelt hat.

Ich habe daher das Verfahren eingestellt.

gez. Unterschrift.

Da ist Herr Drewnitz vom Staatsanwalt sehr höflich und ordentlich behandelt worden. Nachdem aber nun das Verfahren gegen ihn eingestellt ist, mag er gemeinsam mit seinen Gesinnungsfreunden einmal darüber nachdenken, welche Hege wohl gerade aus seiner Partei heraus gegen den Leiter einer anderen Partei veranfaßt worden wäre, gegen den nur ein Bruchteil der „nicht nachweislichen“ Beschuldigungen hätte vorgebracht werden können. Er ist wirklich von allen Seiten sehr glimpflich behandelt worden. Aber seine politische Rolle dürfte — trotz dem Generalstaatsanwalt — ausgespielt sein.

Der Hamburger Terrorakt.

Manmögiger Ueberfall wie am Bülowplatz.

Hamburg, 28. August.

Der Anschlag auf den Polizeimeister Wilhelm Perse erweist sich als die Tat einer radikalen Terrorgruppe. Die fünf Leute, die den Anschlag ausführten, wurden etwa 10 Minuten vor dem Attentat beobachtet. Sie lagerten mit ihren Rädern auf einer Wiese, sprangen aber sofort auf, als Polizeiwachmeister P. erschien. Obwohl das ganze Viertel im Laufe der Nacht sorgfältig von Polizeibeamten abgejagt wurde, ist es bisher nicht gelungen, auch nur die geringste Spur der Täter zu ermitteln.

Hamburg, 28. August.

Wie die Hamburger Polizeibehörde zu dem heute Nacht auf den Polizeiwachmeister Perse verübten Anschlag mittelst, ist eine Belohnung von 1000 Mk. für die Ergreifung der Täter oder für Hinweise, die zu ihrer Ermittlung führen, ausgesetzt worden. Für den Verletzten besteht nach ärztlicher Auskunft vorerst keine Lebensgefahr.

Über den Hergang der Tat selbst meldet die Polizei ergänzend, daß Perse beim Einbiegen vom Berthes-Beg in die Chateaufstraße fünf oder sechs etwa 20jährige Burischen mit Fahrrädern bemerkt habe. Einer der Männer sei ihm sogleich gefolgt. Er habe den Verfolger, der wahrscheinlich Gummirollen am Schutzeug getragen habe, nicht gehört. Als er sich dann umgedreht habe, sei er mit den Worten „Hände hoch!“ angerufen worden. Unmittelbar darauf sei auf etwa 3 Meter Entfernung der Schuß abgegeben worden, unter dem Perse schwer verletzt zusammengebrochen sei.

Vertierte Kommunisten.

Neue „Kampfmethode“ gegen Sozialdemokraten.

Görlitz, 28. August. (Eigenbericht.)

Am Freitag wurden sozialdemokratische Flugblattverteiler vor dem hiesigen Wohlfahrtsamt von Kommunisten wiederholt angepöbelt und tätlich angegriffen. Dabei fielen die Worte: „Man sollte die sozialdemokratischen Flugblattverteiler mit Benzol übergießen und andrennen.“

Aufgemuntert durch diese Parole versuchte ein Trupp Kommunisten die Flugblätter eines Verteilers in Brand zu stecken. Die Rowdys überfielen von hinten den sozialdemokratischen Funktionär

aus der kreditpolitischen Fesselung befreit. Leider ist dem nicht so; denn die jetzigen Kräfte, die den Kurs der Reichsregierung bestimmen, lassen die notwendige klare wirtschafts- und finanzpolitische Linie vermissen. Wir sehen statt dessen Herrn Schiele an der Arbeit, und den Reichsverband der Deutschen Industrie.

Nach dem Stadtkämmerer sprach Genosse Saldes eingehend über den inzwischen schon eingetretenen Personalabbau. Es ist bereits so weit, daß selbst die Stellen, die im Etat stehen, nicht mehr besetzt werden. Wir sehen überall einen verschleierten Abbau des Berufsbeamtenums bei der Stadt Berlin.

Durch eine einstimmig gefasste Entschliessung kam die erbitterte Stimmung der Beamten deutlich zum Ausdruck. In ihr heißt es:

„Die versammelten Delegierten der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Ortsgruppe Berlin, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die rigorose Drosselung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Rotverordnung der Reichsregierung. Die Opfer ihrer

verfehlten, rein kapitalistisch orientierten Wirtschaftspolitik,

nämlich die Millionen Arbeitslose, werden der gemeindlichen Wohlfahrtspflege zugewiesen, ohne den Gemeinden die hierzu notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die dadurch hervorgerufene Notlage der Gemeinden benutzt die Reichsregierung jetzt dazu, um die bisher garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden zu zerstören. Mit stärkstem Befremden stellen die Versammelten fest, daß auch der Deutsche Städtetag, anstatt diesen Absichten der Reichsregierung schärfsten Kampf anzuführen, durch sein Sparprogramm den Mitgliedsstädten den Abbau lebenswichtiger Aufgaben empfiehlt.

Es bedeutet eine unerträgliche Bevormundung, wenn die Zuweisung der Reichs- und Staatszuschüsse zur Entlastung der Wohlfahrtskosten der Gemeinden davon abhängig gemacht wird, daß die Gehälter und Löhne der Gemeindebediensteten nicht höher liegen dürfen als die der vergleichbaren Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter. Diese Politik der Kürzungen hat dazu geführt, daß auch die Stadt Berlin gezwungen ist, die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten herabzusetzen, ohne die Entscheidung des zur Nachprüfung der kommunalen Befoldungsordnungen eingesetzten Schiedsgerichtes abzuwarten.

Die Versammelten erwarten von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihren politischen Vertretern in den Parlamenten, daß sie alle Mittel einsetzen, um eine Aufhebung der gegen die Lebensinteressen der breiten Massen gerichteten Rotverordnungen zu erwirken.“

KPD. bittet um Beileid.

Sie „empfangt“ die bürgerliche Presse und zeigt sich als artiges Kind.

Aus bürgerlichen Blättern kann man ernehmen, daß die kommunistische Parteileitung durch den Abg. Kemmele einen sogenannten „Presseempfang“ veranstaltet hat, bei dem Kemmele seine Partei als ganz brave Bürgersteute hinzustellen suchte, denen nichts fernere liege, als demnächst einen bewaffneten Zustand zu veranstalten.

Nach der „Boll. Ztg.“ hat Kemmele den bürgerlichen Journalisten als politische Beisheiten vorgelesen, daß die Kommunisten kein Wässerchen trüben könnten. Jedenfalls beabsichtige die Partei „für die nächsten Wochen und Monate“ keinen bewaffneten Aufstand. Der Rote Frontkämpferbund bestche zwar trotz des Verbots weiter, aber weder er noch die KPD. selbst hätten mit den Blutaten der letzten Zeit irgendetwas zu tun.

Man sieht: Dies Kind, kein Engel ist so rein! Die bürgerliche Presse mag es jetzt den „revolutionären Klassenkämpfern“ verzeihen, die sich schon beim Stahlhelmscheid so brav „national“ ausgeführt haben, daß man ihre Stimmen nicht von denen der Goebbelsteute unterscheiden konnte.

Moskau ist unzufrieden.

Die Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale ist entzogen den Schönfärbereien ihrer eigenen Presse, die über den „siegreichen Vormarsch“ der KPD. faßelt, von der Einflußlosigkeit der KPD. und deren Zerfetzung überzeugt. Welche Bedeutung man im Kreml den verworrenen Zuständen in der deutschen kommunistischen Partei beimißt, mag daraus erhellen, daß an den letzten Sitzungen des Zentralkomitees nicht weniger als zwei offizielle Vertreter Stalins, außerdem aber besondere Delegierte der ausländischen Sektionen, teilgenommen haben.

Der kommunistischen Opposition zufolge sind die Beauftragten der Exekutive mit dem Eindruck fortgefahren, daß an der Spitze der heutigen KPD. Rarren und Prähler stehen, die ihre eigene Unfähigkeit durch große Worte übertönen möchten. Die geheime Berichterstattung über die Zustände im K. der KPD. in Moskau soll für die Neumann-Kemmele-Thälmann vernichtend gewesen sein. Es wird u. a. darauf verwiesen, daß Thälmann und Neumann gegeneinander Fraktionen und Gruppierungen aufzuehen. Neumann wolle die absolute Kaltstellung Thälmanns erreichen. Dieser soll möglichst nach Hamburg abgehoben und dem Einfluss auf das K. entzogen werden. Deshalb sei er auch zum Spikendkandidat der KPD. in Hamburg zu den dortigen Brüderchaftswahlen befohlen worden. „Teddy“ machte jedoch eiferfüchtig über die Schritte seines Nebenbuhlers, um nicht ganz aus der Gunst Stalins verdrängt zu werden.

Die „Säge“ wieder in Aktion.

Kommunistenführer Timm aus der Partei ausgeschlossen.

Neumünster, 28. August. (Eigenbericht.)

Die kommunistische Bezirksleitung in Hamburg hat den bisherigen Kommunistenführer Timm, der während der vergangenen Jahre stets der Anführer bei den großen Araktionen gewesen ist, aus der Partei ausgeschlossen. Aus einem vertraulichen Kundschreiben der Bezirksleitung ergibt sich, daß Timm gegen die Personen der Bezirksleitung erhebliche Vorwürfe richtete und aus diesem Grunde beseitigt wurde. Die Folge von seinem Ausschluß ist ein völliges Durcheinander in der Neumünsteraner Gruppe. Die Bezirksleitung droht, jeden hinauszuwerfen, der sich mit dem Austritt von Timm nicht einverstanden erklären sollte.

der Interessentenhäufen die allgemeine Vermirrung dieser Lage ausnützt, um der Deffentlichkeit einzureden, gerade diese eine Steuer sei so unerträglich, daß sie sofort abgebaut werden muß. Wertwändig nur, daß diese Steuer bis jetzt so gut getragen werden konnte. Denn der Hausbesitz ist trotz allen Geschreis viel weniger notleidend als sehr viele andere Wirtschaftszweige. Zusammenbrüche von Hausbesitzern beschränken sich fast ausschließlich auf sehr enge Gruppen, auf Großwohnungen und Geschäftshäuser bestimmter Art. Aber daß wieder Vermietstafeln an manchen Häusern in eng begrenzten Stadtvierteln zu sehen sind, genügt, um der Deffentlichkeit einzureden, daß der ganze Hausbesitz notleidend geworden ist!

Und auch die Kreditkrise und die Frage der Börseneröffnung hat man geschickt für diese Interessentenpolitik ausgenutzt. Man hat es so hingestellt, als würde die Not des Hausbesitzes einen schweren Druck auf die Pfandbriefe ausüben; und man hat sich dabei so dumm gestellt, als wüßte man nicht, daß bei einem Reichsdiskont von 10 Proz. die Pfandbriefsurse niedriger sein müssen als bei einem Diskont von 5 Proz. Kein Student der Nationalökonomie ließe sich durch solche Argumente bluffen. In der ganzen bürgerlichen Presse aber erweckt man damit großen Eindruck. Daran kann man erkennen, welche nationalökonomische Weisheit bisweilen im Handelsteil bürgerlicher Zeitungen verborgen ist.

Es muß in diesem Augenblick, da die Interessentenhäufen des Besitzes die Hauszinssteuer berennen, mit allem Nachdruck betont werden: Es wäre heller Wahnsinn, wenn die Hauszinssteuer aufgehoben oder auch nur gesenkt würde. Die Hauszinssteuer ist nicht, wie die Hausbesitzer der Deffentlichkeit fortwährend einreden wollen, eine Sondersteuer auf den Hausbesitz. Sie ist eine reine Aufwertungssteuer, durch die lediglich verhindert werden sollte, daß die Hausbesitzer sich auf Kosten der inflationsgeschädigten Hypothekengläubiger zu Unrecht bereichern. Eine Aufhebung oder Senkung der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer — und sie würde ja selbst bei dem Schönheitspflaster einer Mietensenkung ausschließlich zugunsten der Hausbesitzer stattfinden, weil die Mietensenkung durch neue Masse n steuern wieder wettgemacht werden müßte — würde nichts anderes bedeuten, als daß sich die Hausbesitzer noch nachträglich auf Kosten der Inflationsgeschädigten bereichern. Damit wäre auch die Aufwertungsfrage wieder aufgerollt.

Dieser Unfug darf nicht geschehen. Es darf nicht in einem Augenblick schwerer Finanzkrise des Gesamtstaats das deutsche Steuersystem über den Haufen geworfen werden, indem einer der wichtigsten Steine aus ihm herausgehoben wird. Die Sozialdemokratie hat volles Verständnis dafür bewiesen, daß bei allen finanz- und sozialpolitischen Kämpfen die öffentlichen Finanzen in Ordnung bleiben müssen. Aber ihr Verständnis müßte da aufhören, wo man die Sicherung der Finanzen überflüssig und leichtfertig aufs Spiel setzen würde, indem man sich einem mächtigen Interessentenkügel willfährig erweist.

Drewnitz außer Verfolgung.

Der Staatsanwalt stellt das Verfahren ein.

Von der Pressestelle der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt: Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I zu Berlin hat am 25. August 1931 dem Reichstagsabgeordneten Colosser, der bekanntlich die Anzeige gegen den Parteivorsitzenden Drewnitz eingereicht hatte, mitgeteilt, daß er das Verfahren gegen Drewnitz endgültig eingestellt hat. Wir geben nachsichend den Wortlaut des uns in Abschrift zugegangenen Einstellungsbeschlusses bekannt:

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I.
1.) pol. J. 103/31. Berlin, den 25. 8. 1931.
Herrn Otto Colosser, Mitglied des Reichstags, Berlin-Friedenau.

Auf Ihre Strafanzeigen vom 25. Januar 1931 und 5. Mai 1931 gegen das Mitglied des Reichstages Hermann Drewnitz wegen Betruges, Unterschlagung und Untreue.

Soweit Sie dem Beschuldigten zur Last legen, er habe zur Bezahlung privater Rechnungen Parteigelder verwendet, ist ihm eine strafbare Handlung nicht nachzuweisen.

Der Beschuldigte behauptet, er habe während seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Partei Gelder seines Privatvermögens für Parteizwecke verbraucht und die ihm zustehenden Spenden und die monatliche Aufwandsentschädigung nicht in vollem Umfang erhoben. Er ist danach, wie ihm nicht zu widerlegen sein wird, davon ausgegangen, daß er ein Guthaben bei der Partei gehabt habe. Wenn er demnach Otto Dannenberg die Anweisung gegeben hat, private Rechnungen zu bezahlen, so konnte er der Ansicht sein, daß hierzu die ihm zustehenden Gelder verwendet wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß er sich im Hinblick auf seine umfangreiche Tätigkeit als Parteivorsitzender nicht in jedem Falle um die Einlösung seiner Rechnungen kümmern konnte.

Im übrigen kommt noch in Betracht, daß über die Kasse allein Otto Dannenberg verfügen konnte. Dieser brauchte einer Anweisung des Parteivorsitzenden, wäre sie ergangen, nicht Folge zu leisten. Dannenberg hat aber, wie er selbst nicht in Abrede stellt, den Beschuldigten während der ganzen Zeit nicht darauf hingewiesen, daß ihm etwa ein Guthaben nicht mehr zustehende. Unter diesen Umständen konnte der Beschuldigte der Auffassung sein, zur Bezahlung seiner Rechnungen würden keine Parteimittel, sondern nur seine Guthaben benutzt.

Die Tatsache, daß sich eine Reihe von Quittungen im Besitze Otto Dannenbergs befunden haben, spricht nicht gegen die Einlösung des Beschuldigten, da er sich um die Rückgabe dieser Quittungen nach erfolgter Bezahlung nicht gekümmert hat. Im übrigen ist weder aus den Büchern der Partei, noch aus anderen Unterlagen ersichtlich, daß der Beschuldigte Parteigelder zur Bezahlung privater Rechnungen verwendet hat. Hinsichtlich der Zahlungen an seine geschiedene Ehefrau behauptet der Beschuldigte unwiderlegt, er habe das Geld jeweils der Sekretärin Schulz übergeben.

Im Falle Ruess weisen die Bücher nicht darüber aus, daß das Geld für das Darlehen aus Parteimitteln stammt. Bei dieser Sachlage ist dem Beschuldigten nicht nachzuweisen, daß er das Geld unberechtigt in Empfang genommen hat, zumal da er unwiderlegt angibt, die Eintragung der Grundschuld sei auf seinen Namen erfolgt.

Eine unrechtmäßige Verwendung von Wahlgeldern durch den Beschuldigten hat sich nicht feststellen lassen. Nach der Bekundung des Stadtvorordneten Köhler sind die Wahlgelder ordnungsmäßig verbucht und nur für Parteizwecke verbraucht worden. Auch der Prüfungsausschuß der Wirtschaftspartei hat Verfehlungen des Beschuldigten nicht feststellen können.

Der Ankauf von Aktien der Mittelstandsbank, der im

Fahrt ins Wochenende

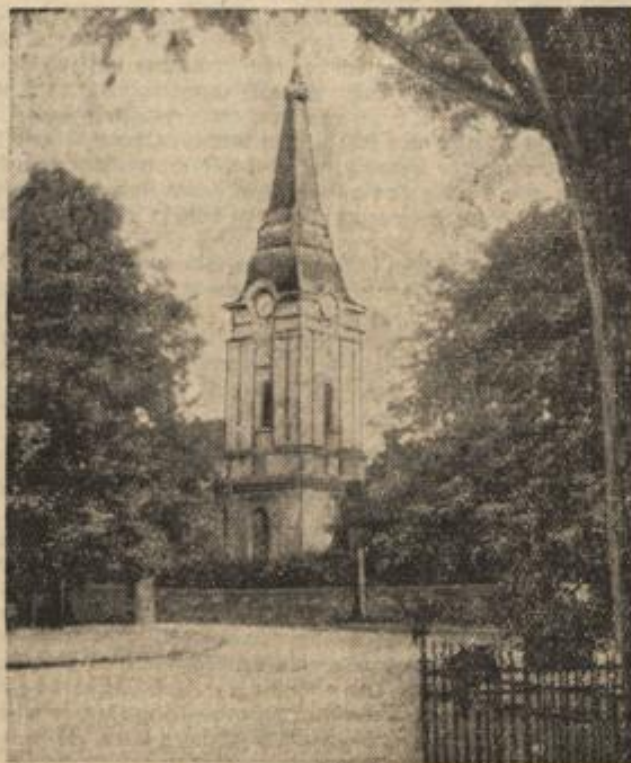
Eine Hochwaldwanderung: Mitten durch den Tegeler Forst

Die Tegeler Forst gehört zu den schönsten Wäldern im Bereiche der Stadt Berlin. Trotz des großen Ausflückerstroms hat der Wald in weiten Teilen seine Unberührtheit bewahrt. Hier gibt es noch in den nächsten Nähe der Weststadt hohes Gras, Unterrholz und grüne Wege. Wir fahren mit der Eisenbahn oder mit den Straßenbahnlinien 27, 28, 29, 41, 128 bis Tegeler. Wenn man die Linien 28 oder 128 benutzen kann, fährt man am besten bis zur Tegeler Waldschänke. Wer bis Bahnhof Tegeler fährt, geht durch die Bahnhofstraße zur Berliner Straße an der Haltestelle der in Tegeler endenden Straßenbahnlinien vorüber durch die Schloßstraße. Bald führt der Weg über das idyllische Tegeler Fließ, das eine erhebliche Strömung hat. Es entspringt in der Gegend von Mühlenbeck und hat hier in Tegeler lange Jahre ein Mühlrad getrieben. Heute arbeitet in der Humboldtstraße eine tausendpferdige Dampfmaschine. Die Schloßstraße setzt sich in der Karolinenstraße fort. Links begleitet uns der Tegeler Schloßpark. Hart an der Straße liegt, noch im Park, ein alter Postkutschkasten, der als Erinnerung an die „gute alte Zeit“ der Postkutsche aufragt. Kurz hinter der Waldschänke tummeln sich viele Berliner Kinder, die der Bezirk Reinickendorf zur Erholung hierhergeschickt hat.

Wir gehen nun über die Waldschänke hinaus auf der ausgezeichneten Chaussee in nördlicher Richtung. Kurz hinter der Ueberführung der nach Hennigsdorf und Bellen führenden Bahn beginnt die eigentliche Waldwanderung. Wir verlassen die Chaussee, diegen kurz vor dem Forsthaus Tegelergrund links ab und wandern nun möglichst immer in nördlicher Richtung weiter. Das Gelände wird hügelig. Links bleiben die Apollberge liegen. Bald führt der Weg zu den Ehrenpfortenbergen hinauf, in deren Bereich man felsam geformte Buchen finden kann. Hin und wieder hat der Forstmann einen alten Baum geschlagen. Hier im Tegeler Forst gibt es nur „Kahlhölzer“, vorbereitete Siedlungsland. Bald werden Bretter angefahren, Steine und Dachpappe und was sonst zum Bau eines Häuschens gehört. Art und Spaten tun das ihrige, und bald wandelt Waldboden sich in Gartenland. So dehnt sich die „Gartenstadt“ Frohnau immer weiter aus. Mitten über alte wohlbekannte Waldwege spannen sich urplötzlich Drahtgäme, und Tafeln zeigen an, daß das Betreten irgendeines brachliegenden Geländes „bei Strafe“ verboten ist. Aber neben der Siedlung wächst schon das dicke Gestrüpp der Himbeeren, und der ganze Waldboden ist bedeckt mit Blaubeerbüschen. Blindschleichen huschen zuweilen durch das Gestrüpp, und wer Glück hat, kann Rebe beobachten, die hier friedlich äßen.

Nach einer Wegstrecke von etwa 5 Kilometer stehen wir vor dem weiten Ackerland von Stolpe. Dieses Dorf, dessen Sicht zunächst noch einige Bodenwellen verhindern, liegt inmitten von Getreide-, Kartoffel- und Lupinenfeldern. Wollte man die Feldmark von Stolpe umschreiten, so müßte man wohl mindestens 10 Kilometer weit wandern. Am Nordrand von Frohnau führt ein Weg in fast nördlicher Richtung nach Stolpe. Es ist jedoch, besonders an heißen Tagen, zu empfehlen, links um die Getreidefelder herumzugehen, man hat dann sehr oft Schatten, und auch landschaftlich vermag der Weg viel zu bieten. In einer kleinen Schlucht wachsen Laubbäume, vor allem Ahorn und Eichen. Der Waldcharakter der Tegeler Forst ist hier verändert: so ähnlich mögen die Wälder unserer Heimat vor Jahrtausenden ausgesehen haben, als die Pflanzen, vor allem die Bäume, nach nach ihren eigenen Gesetzen wuchsen. Nach etwa einer halben Stunde erreichen wir einen Weg, der am Waldrand entlangführt und rechts von hohen, wunderbaren Kastanien gesäumt wird. Nach etwa 5 Minuten führt in nordöstlicher Richtung ein Feldweg, auf dem links die Telegraphenstangen stehen, nach Stolpe. Es geht hügelansteigend, und bald enthüllt sich das Bild des Dorfes. Rechts eine moderne Schule, groß genug,

um den Ernteseigen darin aufzunehmen. Breit ist der Dorfanger, und seine Hauptzierde sind hohe Bäume. Die Kirche, die aus dem 14. Jahrhundert stammt, enthält Kopien nach Gemälden Leonardos da Vinci und Tizians. Am Ende des Dorfes liegt rechts der Gutshof. Zwei Straßen führen hier nach Niederneuendorf.



Die Kirche in Stolpe

links ist eine herrliche Allee, die von hohen Laubbäumen begrenzt wird.

Wer müde ist, kann nun zu der etwa 2 Kilometer entfernten Station Hohenneuendorf gehen und von hier die Heimfahrt antreten. Sonst aber wandern wir weiter. Von der Stolper Kirche führt in westlicher Richtung ein Weg auf die Havel zu. Nach etwa 2 1/2 Kilometer erreichen wir links die Stolper Ziegelei und gleich darauf rechts das von der früheren Gemeinde Pantow angelegte Wasserwerk. Nun wandern wir in südlicher Richtung nach Neubrück, das gegenüber von Hennigsdorf liegt. Etwa 1/4 Stunde später überschreiten wir die nach Bellen führende Eisenbahnlinie. Nach einer weiteren Wanderung von etwa 2 Kilometer, die durch Siedlungsland führt, sind wir in Heiligensee und können nun mit der Straßenbahnlinie 128 die Heimfahrt antreten. Gesamtweglänge etwa 17 Kilometer, Weglänge Tegeler bis Hohenneuendorf etwa 11 Kilometer.

Drei Monate Gefängnis für geschenkten Fahrchein.

Mit drei Monaten Gefängnis wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte ein arbeitsloser Maler bestraft, der mit einem geschenkten Fahrchein ein Verkehrsamt betrogen wollte. Er war von einem Kontrolleur beobachtet worden, wie er am Dönhofsplatz von einem anderen Ranne einen Fahrchein entgegennahm, und

damit eine Bahn nach Steglitz bestieg. Der Kontrolleur folgte ihm und stellte ihn zur Rede. Da der Maler das Fahrgeld und die verlangte Strafe von einer Karte nicht bezahlen konnte, erstattete die BVB. Betrugsanzeige. In der Verhandlung stellt es sich nun heraus, daß der Angeklagte im Jahre 1925 mit 30 Mark und im Jahre 1927 mit 50 Mark Geldstrafe wegen Betruges bestraft worden war. Da also Betrug im Rückfall vorlag, mußte der Richter auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis für den Betrug mit dem Fahrchein erkennen. Für diese Strafe wurde dem Angeklagten Bewährungsfrist zugewilligt.

Rettet den Wohnungsbau!

Der Irrsinn der Drosselungspolitik. — Ein Appell.

Der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweesen veranstaltete gestern in der Deutschen Gesellschaft in der Schadowstraße eine Pressekonferenz, um unter Vorsitz von Architekt Diplomingenieur Lenjer gegen die Drosselung der Bau-tätigkeit Stellung zu nehmen.

Architekt Lenjer betonte, daß sich in der Organisation Vertreter des Bau- und Wohnungswesens der verschiedensten politischen Parteien befänden. Die in der Öffentlichkeit gegenwärtig herrschende baufeindliche Stimmung hätte die Katastrophe des Bau- und Wohnungswesens beschleunigt. Die Ratverordnung vom 30. November 1930, die 400 Millionen aus der Hauszinssteuer fortgenommen habe, habe zu einer Erwerbslosigkeit von 577 000 Bauarbeitern geführt und bei der Schlüsselstellung des Baugewerbes noch 3 Millionen andere Berufstätige in Mitleidenschaft gezogen, so daß an Arbeitslosenbeiträge mehr als 400 Millionen aufgebracht werden müßten. Auch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung drohten die Beschaffung zweiter Hypotheken ohne Hauszinssteuer völlig unmöglich zu machen und die schon in den letzten Jügen liegende Wohnungswirtschaft zum Tode zu verurteilen.

Stadtbaurat Dr. Wagner, der nicht als Magistratsvertreter, sondern als Mitglied des Verwaltungsrates sprach, wies gleichfalls auf die bedrohliche Lage des Berliner Arbeitsmarktes hin, wo heute bereits zwei Vollbeschäftigte einen Arbeitslosen ernähren müßten. Alle bisherigen Sparmaßnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden hätten bisher nur die Wirkung gehabt, das Arbeitslosenheer zu vermehren. Wenn jetzt auch noch die Bautätigkeit völlig drosselt würde, würde es dahin kommen, daß im Winter ein Vollbeschäftigter zwei Arbeitslose versorgen müßte. Der Redner schlug ein Bauprogramm vor, das die Umstellung vom Reichkapital auf das Eigen- und Spartkapital vorsieht und verlangte, daß die Hauszinssteuer unter allen Umständen in alter Höhe dem Baumarkt erhalten bleiben müsse.

Regierungsbaumeister Knoblauch von der deutschnational beeinflussten Gagsah hielt gleichfalls die Erhaltung der Hauszinssteuer für eine unbedingte Notwendigkeit, und auch der Direktor der Bau- und Bodenbank, Regierungsrat Dr. Wildermuth, betonte in längeren Ausführungen, daß das Projekt der Aufhebung der Hauszinssteuer und der Senkung der Mieten schwere Bodenlen hervorruft und zu einer Schädigung des Realcredits, eine der Hauptstützen der Kreditwirtschaft, führen müsse.

Genosse Ellinger vom Verband sozialer Baubetriebe rechnete aus,

daß die 800 bis 900 Millionen Mark, die von den öffentlichen Kassen für Wohlfahrtsunterstützungen der Arbeitslosen des Baugewerbes und seiner Nebengewerbe aufgebracht werden müssen, dazu ausreichen, 100 000 billige Kleinwohnungen herzustellen.

wodurch sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe fast reitlos beseitigen ließe. Dr. Heinrich von der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin unterstrich diese Darlegungen, und Dr. Combecher wies schließlich noch auf die Denkschrift hin, die die Verbände der Bauwirtschaft dieser Tage dem Reichskanzler überhandt haben und in der gleichfalls auf die schweren volkswirtschaftlichen Gefahren aufmerksam gemacht wird, die eine Drosselung der Bauwirtschaft zur Folge haben würden.

WENN DER KURSFÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

Draußen kämpft das Licht der Straßenlampen gegen die Dämmerung. Die Straße liegt ruhig da. Sie ist erst vor ein paar Jahren erbaut worden. Früher war hier ein großer Park, der für das Publikum ein verbotenes Paradies bedeutete. Er gehörte einer altblauen Familie, die damals schon verzweifelt mit dem wirtschaftlichen Ruin rang und schließlich unterlag. Manchmal überkletterte Manfred den schlechten Statenzbaum. Im Park war nichts zu sehen als alte Bäume. Der Rasen wuchs, wie er wollte. Es fehlte jede sorgende Hand.

Ein Arm legt sich auf seine Schulter. Fränze ist eingetreten. Sie trägt ein Abendkleid aus braunem Crepe Georgette, das Arme und Hals frei läßt.

„Bist du schon lange zurück?“ Ihre Stimme klingt heute voll und lösend, aber die Bewegungen bleiben behutsam, beinahe angstvoll vorsichtig. „Soll ich das Licht einschalten?“

Manfred wehrt ab. Er liebt die Dämmerung, die den Gegenständen Schärfe und Häßlichkeit nimmt. Eine Weile schweigen sie. Dann erzählt Manfred von seinem Wiedersehen mit Casparis. „Ich werde morgen in Berlin meinen Agenten mobilisieren. Es kann nicht schwer sein, für Max ein Engagement zu finden. Der Mann ist nur unfähig, selbst irgendwelche Schritte zu unternehmen. Er fürchtet immer, die Welt könnte ihn verwunden und beleidigen.“

„Das verstehe ich sehr gut“, nickt Fränze. „Es muß für einen sensiblen Menschen fürchtbar sein, vergebliche Bittgänge zu tun. Ich könnte es nicht.“

„Glaub' ich gern, du hast es nicht nötig. Du bist wohlbehütet und brauchst das Leben nicht zu kennen. James sorgt für dich.“ Er bricht plötzlich ab und steht verärgert auf.

Fränze sieht ihn an. Warum erregt sich Manfred? Was hat sie gesagt? Was denkt er von ihr? Glaubst er, sie führt ein paradisiäches Dasein? Sie kennt keine Weiden? Frühl er nicht, was um ihn vorgeht? Kann er nicht hinter die ungetrübte Oberfläche sehen? Sie schluchzt auf. „Manfred“, die Stimme ist wieder tonlos heiser wie am gestrigen Abend.

„Was ist dir?“ Manfred umfaßt sie. „Du weinst? Um Gottes Willen, ich wollte dich nicht fränken.“

Fränze umklammert seine Hand. „Manfred, es ist schrecklich! Nicht mehr zum Aushalten!“ Jede Haltung hat sie verloren. Sie preßt ihren Kopf fest an den Bruder und weint wie ein kleines Mädchen, dem die Puppe zerbrochen ist. „Ich bin doch nichts mehr nach dieser Operation, die auf Tod und Leben ging. War' ich nur damals gestorben. Was kann ich James noch bieten? Und ich liebe ihn doch, und er ist so gut zu mir. Er ist viel besser, als du glauben kannst.“

Manfred zuckt nervös zusammen. Ist sein Schwager wirklich so gut? Ist er nicht vielmehr ein Schwächling, dem zu Entscheidungen der Mut fehlt? Wie hilflos stand er heute da ohne jede Ueberlegenheit! Ein schwankender Mensch, der nach einem Halt tastet. Ein Wunder, daß ihm große Geschäfte gelingen. Vielleicht wird ihm aber auch Unrecht getan. Schließlich ist Manfred der Schwager, und es bleibt peinlich, dem Bruder der Frau die Geliebte vorzustellen, auch wenn dieser Bruder die Schwierigkeiten der ganzen Lage erkennt.

„Weine nur nicht“, Manfred kost jählich Fränzens schmales Gesicht. „Es kann doch noch alles gut werden.“ Er weiß, daß er lügt und daß Fränze die Schwäche dieses Trostes fühlt.

„Nein, nein, niemals!“ Fränze schüttelt verzweifelt den Kopf und laut an ihrem Taschentuch. „Was soll noch gut werden? Ich vertrage nichts mehr. Andere können tanzen, schwimmen oder in den Bergen klettern. Ich muß zu Hause bleiben und zusehen.“

Ich kann hier nicht trösten, denkt Manfred. Ihm erscheint jeder Trost als eine Annäherung, als eine Ueberlegenheit, die verkehren muß. Was soll er, der starke, gesunde Mann sagen?

Fränze richtet sich auf. Sie hat sich gehen lassen, andere mit ihren Sorgen belästigt, aber Manfred ist doch ihr Bruder, ihr einziger Bruder.

„Hast du sie eigentlich gesehen?“ Sie will jetzt wieder ganz ruhig erscheinen, beherrscht und überlegen, wie es sich für eine Dame ziemt, doch in ihrer Stimme klingt die Angst mit, am Ende alles zu verlieren und achtlos an die Wand gedrückt zu werden.

Manfred schwankt einen Augenblick. „Ja, ich habe sie heute kennengelernt.“

Fränze erschrickt. Also so weit ist es schon, daß James die Geliebte offiziell vorstellt. Sie möchte am liebsten wissen: wann, wo, wie? Aber nein, denkt sie, dazu bin ich zu stolz.

„Ist sie nicht schön? Ich sah selten eine wirklich so schöne Frau!“ Es ist wie eine Erklärung und Entschuldigung: James

gibt sich nicht mit irgend jemand ab. Wilma muß wie eine Göttin sein, und man opfert vor Götterbildern.

„Sicherlich ganz nett. Aber ich hab' sie mir nicht genau angesehen.“ und Manfred spricht diesmal die Wahrheit. Er bringt wenig Interesse für die Freundin seines Schwagers auf.

„Ich möchte sie wie eine Schwester lieben!“ Fränze atzentuiert zu stark, ein falscher Ton schwingt mit.

Manfred erwidert nichts. Fränze spielt Komödie, rettet sich in Pathos hinein und möchte Goethes „Stella“ in die Wirklichkeit umsetzen. Hoffentlich findet sie dabei wenigstens die Ahnung eines Glücks. Er schaltet das Licht ein.

„Ich werde mich umziehen, und du mußt dir dein Gesicht in Ordnung bringen.“ Er umarmt die Schwester mit großer Herzlichkeit. Wie dünn und zerbrechlich ist sie geworden.

In seinem Zimmer hängen die frisch gebügelten Frackhosen. Manfred betrachtet sie kritisch. Im Ofen verstehen die Leute nicht, Hosen zu bügeln. Man soll Dienstmädchen niemals diese kostbaren Kleidungsstücke anvertrauen. Manfred fokettiert mit seinem Spiegelbild in dem großen, altertümlichen Trumeau, das man in diesem Gästezimmer untergebracht hat. Müßen Gästezimmer immer Möbel enthalten, die der sachliche Sinn der Gegenwart längst überholte? Warum diese mytologischen Götter auf dem Sims? Eine anständige Bügelstange hat messerscharf zu verlaufen und nicht in lyrischer, gebauchter Rundung. Das kommt von der brüderlichen Nachsicht. Hätte er Fränze klipp und klar erklärt, Hosen jeder Art und besonders Frackhosen verlangen auch beim Bügeln die Behandlung durch einen fertigen Schneider, dann hätte sie ein beleidigtes Gesicht gezogen, die Hosen würden aber sitzen. Rücklicht nehmen auf allerlei Gefühle. Das hat man davon, wenn man in der Heimat auftaucht. Man sollte sich diesen Luxus versagen. Ob man die alten Kirchtürme wiederseht oder nicht.

„Heimat, Familie“, singt Manfred in den Spiegel hinein und legt ein schmerzzerzetztes, sehnsuchtskrankes Gesicht auf, um das ihn jeder Rigoletto beneiden könnte. „Heimat, Familie“. Die Stimme schwingt sich in wolkenlose Regionen und dröhnt in dem verhältnismäßig kleinen Raum. Manfred singt eine Terz zu hoch. Er hat es nicht nötig, sich in den tieferen Lagen anzusiedeln, er ist Tenor, und ihn geht der Rigoletto nichts an, der für Bariton komponiert worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnung im Pferdestall.

Martrium des zahlungschwachen Mieters.

Aller Groll, den die Herren Hauswirte im Busen hegen, ergießt sich auf jene Hausbewohner, die durch die Ungunst der Verhältnisse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Was sich in der Millionenstadt da täglich, stündlich an kleinen Tragödien abspielt, wie Menschen, die unverschuldet ins Elend gerieten, noch nicht einmal in ihren armeneligen vier Wänden Ruhe finden, damit sie sich sich Bände fällen.

Ein solches Opfer der Zeit ist auch der Schneider W., der in Köpenick mit seiner Frau ein kleines, finsternes Loch, einen ehemaligen Pferdestall, ohne Licht, ohne Wasserleitung und Ofen bewohnt und dafür die Kleinigkeit von 25 Mark herappen muß. Der Mann, der vor einigen Jahren seine polnische Heimat verließ, um in der Großstadt das große Los zu ziehen, mußte gleich vielen seiner Leidensgenossen schwer Lehrgeld bezahlen. Er verdient samt seiner Frau, die die schwere Fabrikarbeit macht, noch nicht einmal soviel, um das „Luzusappartement“ bezahlen zu können; vor allem mußte er ja, um ein halbwegs menschenwürdiges Dasein zu führen, Licht, Wasser und Heizgelegenheit anschaffen, dann zog er sich eine Wand, um in einem geschützten Winkel Schlafgelegenheit zu finden. Als die Mietschuld ein paar Monate alt war, sahen sich Mieter und Vermieter auf dem Amtsgericht und mit dem häuslichen Frieden war es vorbei. Der Hauswirt, ein etwas roblater Herr, beschimpft den säumigen Schuldner auf offener Straße in der übelsten Weise, er reißt ihm seine Geldstapel von der Hauswand und fügt ihm so auch noch materiellen Schaden zu, bezichtigt ihn anonym Drohbrieft und heßt ihn die Kriminalpolizei auf den Hals. Dazu ist Frau S. ständig am Tisch, es ist weder Brot noch Kartoffel im Hause, die Frau muß bei ihrer schweren Arbeit, wo sie insofern Akkord-Arbeit nur 10 Mark die Woche verdient, mit zwei winzigen Stellen den ganzen Tag reich, und der Mann sitzt zu Hause und wartet, daß ihm einer Arbeit bringt. „Hätte heute nicht eine Frau ihren Mantel zum Ausbessern gebracht, dann hätte meine Frau morgen ganz ohne Essen zur Arbeit gehen müssen“, meint er, und wenn man die zarte und abgerackerte Frau betrachtet, dann weiß man, daß alles Wahrheit ist. Zu all diesem Elend auch noch eine ewige Kette von Demütigungen und

Kriminalassistent als Angeber.

Zur Hebung der Sittlichkeit.

Vor dem Einzelrichter steht eine junge, schlanke Dame, die Anklage erhebt gegen sie den Vorwurf, daß sie an einer Ecke der Friedrichstraße verschiedene Männern zu nächstlicher Stunde ihre Reize angeboten hat. Der fünfte Mann war gerade dabei, die näheren Bedingungen mit ihr zu erörtern, als ein Kriminalbeamter, der das Treiben der Dame mißbilligend beobachtet hatte, einschritt. Der erwartungsfrohe Kavalier zog es daraufhin vor, sich zu entfernen. Die Dame aber, die verheiratet ist und Mutter eines Töchterchens, sollte sich nun vor dem Richter rechtfertigen, wieso und warum. Sie tat dies, indem sie in Klästerworten ihre Unschuld beteuerte. Aber der sittenstrange Kriminalassistent beschwor prompt das Gegenteil ihrer Aussagen. Ihr mondänes Aussehen und ein Bericht des Pflegeamtes bestärkten zwar die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen, ließen aber sein Verhalten deswegen nicht weniger unsympathisch erscheinen. Eine Woche Gefängnis bei Strafaussetzung war das Ergebnis seiner Anzeige. Er schien nicht recht befriedigt zu sein von dem Resultat.

Kleingartenbauausstellung in Köpenick.

Die vorzügliche Anlage der Dauerkolonie „Wiesengrund“ in Friedrichshagen, die inmitten von Wald gelegene „Kammerreibe“ mit ihren schmalen Häuschen und Gärten sollte jeder einmal besuchen. Die Kleingartenkolonie an der „Grünauer Straße“ hat sich durch die in den letzten Jahren entstandenen Lauben, durch ihre Blumenpracht an der Straßenseite und durch ihre Kindergärten zu einer lebenswerten Anlage entwickelt. Ob wir ferner die Kolonien „Klondike“ in der Glienickestraße oder „Waldfrieden“ und „Sorgenfrei“ hinter der Waldsdorfer Straße nehmen, überall drückt die Liebe des Großstadtbewohners zur Natur den Kleingärten ihren Stempel auf. Alle diese Kleingartenkolonien des Köpenicker Bezirks haben sich zur Durchführung der ihnen von der Stadt gestellten Aufgaben in bezug auf schönheitliche Ausgestaltung und zur Vertretung der ihnen aus der Kleingarten- und Kleinpachtordnung zustehenden Rechte zum Bezirksverband Köpenick e. V. im Provinzialverband Groß-Berlin e. V. des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands zusammengeschlossen. Wie uns mitgeteilt wird, umfaßt der Bezirksverband Köpenick 1000 Mitglieder, während die zuständige Groß-Berliner Organisation, der Provinzialverband, etwa 67 000 Mitglieder zählt. Schon aus diesen wenigen Zahlen kann man sich einen Begriff über die Bedeutung des Kleingartenwesens machen. Um der großen Öffentlichkeit einen Einblick in Zweck und Ziele der Kleingartenbewegung zu geben, um einmal zu zeigen, welche ungeheuren Werte in den Kleingärten geschaffen werden und welchen Kulturfaktor namentlich in der heutigen wirtschaftlichen Krise der Kleingarten sowohl für den einzelnen als auch für unser Volksganze darstellt, veranstaltet der Bezirksverband Köpenick e. V. am 30. und 31. August d. J. im Restaurant „Neu-Heringsdorf“ eine Kleingartenschau. Diese Ausstellung zeigt neben einer Plan- und Bildschau des Bezirksverbandes vor allem die Erzeugnisse der einzelnen Kleingartenvereine an Blumen, Obst, Gemüse und Koniferen; sie ist geöffnet am Sonntag von 13 bis 20 Uhr, am Montag von 9 bis 20 Uhr.

Abchiedskonzert im Zoologischen Garten.

Die sommerlichen volkstümlichen Sinfoniekonzerte im Zoologischen Garten unter Leitung von Dr. Helmuth Thierfelder fanden mit einem romantischen Abend ihren Abschluß. Im Kaiser-Saal brachte der Orchester den Gästen eine bunte musikalische Auslese der Romantiker. Webers „Corydon“ leitete das Konzert ein, dann folgte „Atimora“ eine Legende für Orchester von Biabom, deren aparte Musikalität in einer hervorragenden Wiedergabe viel Beifall fand. Bizets oft und gern gehörter „L'Arlesienne“ bleibt immer wieder ihr Publikumserfolg treu, ein farbenprächtiger Melodienstrauch, der speziell den Geigern Gelegenheit gibt, ihr technisch vollendetes, empfindungsreiches Spiel zu zeigen. Den ersten Teil des Programms beschloß Kreislers Ouvertüre zu „Nachtlager von Granada“; dann sang Elise Schütz-Dornburg das „Ave Maria“ von Reub; in der Arie aus „Mädchen des Cremiten“ offenbarte die Solistin in noch gesteigertem Maße ihr reichhaltiges stimmliches Register. Das Orchester brachte dann noch das „Capriccio“ von Tschakowsky, „Romeo und Julia“ und Werke der Viertonmeister Wqz und Johann Strauß.

Schwerer Verkehrsunfall im Berliner Norden.

Gestern nachmittag kam es vor der Bärthner Straße 39 zu einem Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorrad. Zwei Verletzte wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Dunkel um den Mädchenmord

Die Tote noch immer unbekannt

Vor genau einer Woche wurde, wie ausführlich berichtet, aus einem Abzugstab hinter dem Gelände der Deutschen Werke in Spandau ein in Zeitungspapier eingehüllter Frauenkopf gefunden. Da man zunächst vermutete, daß weitere Leichenteile noch in jener Gegend von dem Täter beiseite geworfen seien, so ist das Gewässer und auch die Spree vom Reichswasserschutz immer von neuem abgefischt worden. Da man nichts mehr gefunden hat, ist am Freitagmittag die Suche eingestellt worden.

Alle Spuren, die vielversprechend erschienen, haben sich als irrig erwiesen. Als vermisst gemeldet sind etwa 40 junge Mädchen, die nach Alter und Zeitspanne besonders berücksichtigt werden mußten. Von diesen 40 sind 8 Mädchen bereits wieder aufgegriffen worden, von 12 weiteren steht der polizeilich beauftragte Aufenthalt fest. Nach den übrigen 20 wird noch geforscht. Bei den Angehaltenen handelt es sich durchweg um jugendliche Abenteuerinnen, die aus Sehnsucht nach irgendeinem Erleben oder aus Langeweile von zu Hause oder von der Arbeitsstelle ausgerückt sind. Das trifft nicht nur für die Berlinerinnen, sondern auch für die Mädchen aus der Provinz zu. Außer den vermissten Mädchen sind noch etwa 80 Spuren vorhanden, denen noch nachgegangen wird. Von einigen weiß man schon jetzt, daß sie erfolglos bleiben werden.

In früheren Berichten ist schon darauf hingewiesen worden, daß das Gebiß der Ermordeten besondere Kennzeichen aufweist. Jedem, der mit dem Mädchen gesprochen hat, muß die Zahnmilbildung sofort aufgefallen sein. Für Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Feststellung der Ermordeten und zur Ermittlung des Täters führen können, ist jetzt eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Ist die Ermordete Berlinerin?

Ob die Ermordete aus Berlin oder aus der Provinz kam, weiß man vorläufig nicht. Es ist wohl möglich, daß sie von außerhalb zugereist ist und sich erst kurze Zeit hier aufgehalten hat. Eine männliche Bekanntschaft mag dem unerfahrenen Mädchen zum Verhängnis geworden sein. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Verschwinden von Mädchen mitunter erst nach Wochen, ja sogar Monaten, bei der Kriminalpolizei angezeigt wird. Sie wechseln ihre Stellung mehrmals, verabfümen aber, nach Hause Bescheid davon zu geben und versehen ihre Angehörigen in Sorge und Unruhe. Wenn die Vermissten aufgefunden werden, so zeigt es sich häufig, daß sie in ganz anderen Verhältnissen leben, als sie ihren Angehörigen vorgepiegelt haben.

Über den Täter, an dem die Zerstückelung der Leiche vorgenommen wurde, tappt man noch ganz im Dunkeln. Der Fund des Kopfes in Spandau läßt nicht ohne weiteres darauf schließen, daß das Verbrechen in dieser Gegend verübt sein muß. In früheren ähnlichen Fällen hat sich gezeigt, daß der Täter andere Körperteile in der entgegengesetzten Richtung der Stadt beiseite hat.

Unter Hinweis auf die oben erwähnte Belohnung werden alle

Personen, die ein junges Mädchen mit schlechtem Gebiß gekannt haben oder die Beobachtungen, mögen sie noch so unwichtig erscheinen, gemacht haben, gebeten, sich bei der Nordkommission Bunge-Uhlenberg im Polizeipräsidium zu melden.

Tragödie im Hause des Kommissars.

Selbstmordversuch der Frau und des Sohnes Dubrals.

Die von ihrem Mann seit längerer Zeit getrennt lebende Gattin des wegen zahlreicher Verfehlungen festgenommenen Kriminalkommissars Dubral hat gestern nachmittag gemeinsam mit einem 15-jährigen Sohn aus Verzweiflung über die Enthaltungen über ihren Mann den Versuch gemacht, durch Vergiftung mit Leuchtgas ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Beide konnten jedoch noch rechtzeitig an der Durchführung ihres Vorhabens gehindert werden.

Die 42-jährige Frau Erna Dubral wohnt mit ihrem 15-jährigen Sohn Oskar, der nach die Schule besucht, in der Berliner Str. 15 in Tempelhof, während zwei Töchter in Berlin verheiratet sind. Die finanziellen Verhältnisse der Frau sollen sich, wie Nachbarn erzählen, in der letzten Zeit sehr verschlechtert haben, und zu der Not kam nun der Schreck über die Entlassung ihres Mannes, über das Doppelleben, das dieser Kriminalkommissar geführt hat. In Verzweiflung über dieses Unglück, das über sie hereingebrochen war, überredete die Frau ihren Sohn, mit ihr gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Der Junge willigte auch ein, und beide gingen nun gestern nachmittag, ihr Vorhaben zu verwirklichen. Sie öffneten alle Gashähne und marteten dann auf den Tod, die Frau im Vorderzimmer, der Sohn in der Küche. Da sie aber die Verbindungstüren offengelassen hatten, verteilte sich das ausströmende Gas in den Räumen so stark, daß es nicht sofort wirksam wurde. Als einige Zeit vergangen war, bekam der Fünfzehnjährige es mit der Angst zu tun und fing an, laut um Hilfe zu schreien. In den Nachbarwohnungen des Hauses wurden die Rufe gehört, sie eilten an die Tür der Dubralschen Wohnung und hörten hier, wie der Junge rief, man solle schleunigst einen Arzt holen, es sei ein Unglück passiert. Als man mit einem in der Nähe wohnenden Arzt in die Wohnung eindrang, waren die beiden Lebensmüden zwar in großer seelischer Erregung, aber die Vergiftung hatte sich glücklicherweise noch nicht körperlich ausgewirkt. Der Vorsicht halber wurden beide dem St.-Josef-Krankenhaus in Tempelhof zugeführt.

Dubral, der nach wie vor die ihm zur Last gelegten Verfehlungen, insbesondere den Meineid, bestreitet, wird heute dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium zur Entscheidung über den Erlass eines Haftbefehls vorgeführt. In seiner Verhaftung ist kaum zu zweifeln.

„Die lieben Verwandten“

25 Jahre ohne Barentschädigung gearbeitet

Bedauernswert diejenigen, die auf die Gnade ihrer Mitmenschen angewiesen sind, bedauernswerter aber die, die auf die Gnade ihrer Verwandten angewiesen sind! Der jetzt 30-jährige Kläger, der da vor dem Arbeitsgericht gegen einen Onkel und einen Vetter klagte, kann ein Lied davon singen, wenn ihm nicht die Lust zum Singen vergangen ist.

Und das kam so: er wurde als fünfjähriges mittelloses Waisenkind von dem vor etwa zwei Jahren verstorbenen Ehemann seiner Tante, einem Landwirte, in dessen Haus aufgenommen und ist dort groß geworden. Sein Vormund war ein in

ihm in den Jahren 1914 bis 1926 entgangenes Barlohn mit der Begründung, der Nachlaß sei um diesen ihm nicht gezahlten Lohn bereichert, und er, der Kläger, sei geschädigt worden, weil er im Vertrauen auf das Versprechen des Erblassers bei diesem solange ohne Lohn gearbeitet habe, anstatt rechtzeitig ein Handwerk zu erlernen, das ihm ein höheres Einkommen gesichert haben würde, als er es jetzt als ungelernter Arbeiter habe. Der Kläger war bescheiden genug. Ert forderte er mit seiner Klage 4320 M., dann ermäßigte er diese Forderung noch auf 1200 Mark.

Gleichwohl waren die „lieben Verwandten“, Onkel und Vetter, aufs höchste entrüstet, als ihnen diese Forderung unterbreitet wurde. „Kühl bis ins Herz hinein“ baten sie um Klagerückweisung, mit der Begründung, der „mihratene“ Nefte und Vetter habe seit 1918 nur vorübergehend bei dem Erblasser gearbeitet und sich auch weiter nicht angestrengt. Hierfür sei er — ein ganz besonderes Verdienst des Erblassers — in der Inflationszeit durch Lebensmittel vollumfänglich entschädigt worden. Diese Lebensmittel habe er in so reichem Maße erhalten, daß er davon habe verkaufen können. Außerdem habe der Erblasser von 1915 bis 1920 auf ein auf den Namen des Klägers lautendes Sparkassenbuch insgesamt 554 M. eingezahlt, die er sich anrechnen lassen müsse. Für die Entwertung des Geldes kämen sie nicht auf. Das angebliche Versprechen des Erblassers, dem Kläger eine Wiese zu vermachen, bestreiten die Beklagten. Warum auch nicht? Die Beweisaufnahme ergab, daß tatsächlich von dem Erblasser ein Sparkassenbuch in der angegebenen Höhe angelegt worden war.

Das Gericht kam zu einer Entscheidung im Sinne des Klägers. Der Vorsitzende führte u. a. aus: Da der Kläger nur ein Pflegekind des Verstorbenen gewesen sei, stehe außer Zweifel, daß zwischen beiden ein Arbeitsverhältnis bestanden habe. Durch die Errichtung des Sparkontos habe der Erblasser zu verstehen gegeben, daß ihm die Arbeitsleistungen des Klägers soviel wert gewesen seien, daß neben den Sachleistungen auch Barlohn zu zahlen war. Daß die Einzahlungen auf das Sparkonto etwa nur aus vermindertem Lohnzusatz erfolgt seien, sei nicht anzunehmen. Die Ansicht der Beklagten, die Dienstleistungen des Klägers seien durch die Spareinlagen getilgt, sei abzuweisen. Hierin sei vielmehr nur ein Erfüllungsvorbehalt des Verstorbenen zu erblicken. Im übrigen glaubt das Gericht dem Kläger, daß er noch mindestens soviel Lohn zu bekommen habe, wie er mit der Klage fordert. Es sei durch Zeugenaussagen erwiesen, daß der Erblasser dem Kläger die Wiese vermachen wollte. Der Anspruch des Klägers erscheine nicht nur als reine Lohnforderung begründet, sondern rechtfertige sich auch aus dem Gesichtspunkte der ungerechtfertigten Bereicherung. Denn es könne keinem Zweifel unterliegen, daß der Erblasser durch die nicht entlohnte Beschäftigung des Klägers ohne rechtlichen Grund die Kosten für eine fremde Arbeitskraft erspart habe. Die Beklagten dürften sich nicht darauf berufen, daß etwa die Forderung des Klägers verjährt sei; täten sie dies, so würde ihr Verhalten als arglistig zu bezeichnen sein, da der Kläger es nur in der Hoffnung auf das Versprechen des Erblassers unterlassen habe, seinen Anspruch rechtzeitig geltend zu machen.

Das Gericht sprach dem Kläger die 1200 Mark zu.

Todesurteil in Prenzlau.

Gegen den Mörder des Justizwachtmeisters.

Prenzlau, 28. August.

Im Prozeß gegen die Mörder des Justizwachtmeisters Neubauer in Prenzlau, den Schlächter Pilgram und den polnischen Schnitter Anton Potoki, wurde Freitagvormittag die Beweisaufnahme geschlossen. Die medizinischen Sachverständigen halten die Angeklagten für voll verantwortlich für ihre Tat. Oberstaatsanwalt Hardt beantragte in seinem Plädoyer gegen beide Angeklagte die Todesstrafe. Die Tat sei besonders abscheulich, weil Justizwachtmeister Neubauer ein außerordentlich gutmütiger Mensch gewesen sei, der den Angeklagten nur Gutes erwiesen habe.

Nach fast zweistündiger Beratung verurteilte das Gericht das Urteil. Es werden verurteilt: Der Schnitter Anton Potoki wegen Mordes in Tateinheit mit schwerer Meuterei zum Tode. Der Schlächter Pilgram wegen Totschlags in Tateinheit mit schwerer Meuterei, sowie leichten und schweren Diebstahls und unbefugten Waffenbesitzes zu zehneinhalb Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von drei Monaten Unterbringungshaft.

Leibsch (Kreis Beeslow-Storkow) wohnender Gastwirt. Schon frühzeitig hatte der Kläger, wie es nun einmal auf dem Lande üblich ist, in der Wirtschaft seiner Pflegetochter mithelfen müssen. Auch nach seiner Schulentlassung anno 1914 blieb er dort, selber ein Stück Gutsindianer, und leistete landwirtschaftliche Arbeiten, ohne jedoch außer Verpflegung, Kleidung und Unterkunft ein Barentgelt zu erhalten. Vom Juni bis zum Dezember 1918 war er Soldat. Hier bekam er außer Verpflegung, Kleidung und Unterkunft auch noch Barentgelt. Dieses abwechslungsreiche Leben wurde dadurch noch abwechslungsreicher, daß der Kläger nach seiner — nicht zu bezweifelnden — Behauptung auch nach der Rückkehr bis zum Jahre 1926 ununterbrochen als Knecht bei seinem Onkel arbeitete. Hier soll der Onkel seinem Nefen an Stelle eines Barlohnes wiederholt mühselig eine acht Morgen große Wiese am Röhrensee bei Leibsch zugelegt haben. Leider vergaß der Onkel, dieses Versprechen testamentarisch festzulegen. Daher beansprucht der Kläger nunmehr von den Erben seiner Pflegetochter Ersatz des

Hans Friedrich Blunck: Der Andere

Die beiden Landstreicher winkten dem Mädchen von der Gartenpforte zu: Wer hier denn wohnt, wollen sie wissen und ob sie Holz sägen könnten. Da hebe ich mich vor ihnen wie ein Gespenst aus dem Dornbusch hoch; der eine der beiden legt betroffen den Finger an die Nüchse, der andere tut, als sähe er mich nicht und will lieber auskundschaften, an welches Beet ich mich halte.

„Nun, Arbeit könnten Sie haben,“ sage ich. „Wenn Sie meinen Obstbäumen je einige Eimer Wasser schleppen wollen, soll es mir auf das Mittagessen und einige Groschen nicht ankommen.“

Die beiden Landstreicher treten zögernd ein — oh, ich weiß, wo der Hausherr selbst mitarbeitet, ist es nie ganz geheuer für ihresgleichen. Es sind kräftige Menschen; der eine, graustoppelig ums Kinn, ist dick und kurz; er hat bei der Hitze nichts als Hose und ein durchsichtiges Hemd am Leib; der Hut ist riesengroß wie der eines Zimmermanns. Er heißt Kores, wie ich beim Anweisen der Obstreihen so nebenbei höre. Für den anderen, der noch jünger ist — ein baumlangler Mensch und prächtig gewachsen, schleppt das Mädchen vier Wasserimer zusammen und erklärt ihm, warum die Pumpe mitunter hakt und wie er den Schwengel halten muß. Der Mann hat das Zeug der Erdarbeiter an, eine graue, verfilzte Hose und ein gelbes offenes Hemd; sein knochiges etwas hochfahrendes Gesicht ist entsetzt von tiefhängenden Augenlidern und dem groben Zeichen des Trunkens um den vorgeschobenen Mund.

„Dann können wir ja anfangen,“ sagt der dicke Kellere. „Ich hab's leicht auf der Brust, Jan Blund kann ja pumpen.“

„Wie heißt er?“

„So, Jan Blund! Ich bückte mich plötzlich, wie um zu sehen, ob die Eimer laugen. „Woher kommen Sie denn?“ frage ich schließend.“

„Er kommt von Hogenholm rüber,“ erklärt der Kellere, der sich Nähe gibt, auch weiterhin die Verhandlungen zu führen. Ich sehe Jan Blund voll an, unsere Augen treffen sich böse. „Geht niemand an, woher ich komme,“ will der Dick sagen.

Aber mich geht's an! Ein Großvater kam von Hogenholm — allerdings gab es schon damals viele des Namens im Dorf.

Soll ich weiterfragen? Unsinn! Die beiden Landstreicher sollen mir die Obstbäume begutachten, das ist alles. Und weil ich den Hundedraht im Knick fertig habe, gehe ich zur Kammer hinauf, in der meine Handchriften liegen. Ich habe meinen Tisch in dieser Sommerglut an ein Fenster nach Norden ungerückt.

Ob ich nicht noch einmal umstelle? Ich muß wieder und wieder zu Jan Blund hinunterhinzeln, ich — verdammt, ich beginne irgendwoher Vergleiche zu ziehen. Ich höre, wie die beiden sich etwas zurufen und horche auf ihr Lachen, ich verweile das Gesicht des Landstreichers, ich hebe die Verwüstung des Trunkens von ihm ab und sehe Neugierigkeit mit diesem oder jenem — Herrgott, alle Menschen der Landschaft sehen einander ähnlich! Und dabei muß ich nachdenken, von welcher Seite er stammen könnte — Einbildung, schon vor siebzehn Jahren gab es sieben Höfe des Namens im Dorf.

Ich will mich also ernstlich ans Werk machen. Aber es plagt doch, nicht etwa aus erbarmungslosem Mitleid; dieser Mann würde mir groß kommen, wenn ich ihm Arbeit oder Ratsschläge geben wollte.

Am meisten quält mich eine fremde Neugierigkeit in der Stimme, quält mich dies heffere halblaute Singen bei der Arbeit, zu dem eine Kumpanei von Landsknechten gehört, quält mich diese raubtierstarke Gestalt, die immer wieder in unserem Blut austauscht und meist irgendwo in einer Ferne verschollen geht. Ich komme von den Vergleichen nicht los, sie bedrängen mich. Was tut ich selbst, daß das Leben mir besser gelang? Haben nicht alle unseres Namens diesen schweißenden Drang ins Ungeheuerliche, der sich erst mühsam einardnet? Was hab ich vor diesem Mann voraus, der nicht nachgab und das Land abstreute und einmal König der Straße sein wird?

Was ist's, daß ich die dicke und düstere Pflanze — und etwas wie Neid vor diesem Niesen empfinde, den's nicht zurückzieht, weil er um einiges, vielleicht nur um einiges ungezügelter das mitbekommt, was in allen unseres Namens brennt? Denn die schlimmen Leidenschaften sind den vielgelobten zu nah, als daß ich mich überheben darf; der böse Geist lebt in unser aller Brust und vorm Ende soll keiner sich seines Lebens rühmen.

Das Mädchen kommt aus der Küche, ein hübsches Ding und wie oft die Bauernstöchter bei uns von krausem gelben Haar und dunklen Augenbrauen. Sie geht in den Schuppen, um das Rad zu holen, gewiß soll sie ins Dorf zum Krämer.

Die beiden Männer haben augenblicklich zu arbeiten aufgehört. „Du, Jan!“ fragt der kleine Dike und setzt kappernd zwei leere Eimer nieder.

„Was denn?“

„Ich meine, wo wir uns nun zu Mittag vollschlagen können —“

Jan Blund sagt nichts, er hängt die Nüchse über die Pumpe, sein gelbes Haar ist auf dem Schädlel geklärt.

„Du hast doch noch die drei Groschen — ob die uns washolt?“

Der Lange antwortet nicht, er pumpt wieder, daß mir um das Schwengelgelenk bange wird.

„Ist nämlich verdammt heiße Arbeit, man müßt sich mal stärken.“ Der Dike holt die helle Flasche aus dem Rock und läßt sie verführerisch auf dem kleinen Finger tanzen.“ Aber ich glaube, die ist zu sein, he?“

Der andere antwortet nicht. Da kommt das Mädchen und führt ihr bliglauberes Rad im Bogen an den beiden vorbei.

„Du, sag mal,“ fährt Jan Blund sie an; er hat eine Stimme, daß sie ängstlich stehen bleiben muß. „Du, wie heißen die hier eigentlich?“ Er weist zum Dornbusch, aus dem ich austauchte; seine Stirn ist verzogen, er hebt ungeduldig noch einmal den riesigen Arm hinüber.

„Wie das Haus heißt?“

„Wie die Leute heißen, frag ich.“

„Daß du das nicht weißt, du kommst hier wohl nicht oft vorbei,“ fragt das Mädchen und dann nennst du meinen Namen.“

„Hallo, was sagst du?“ Der kleine Dike ist bei dem Wort in Trübsen ausgebrochen, er stellt die Eimer hin und schlägt sich vor Vergnügen auf die Schenkel.

Aber der Lange schiebt den Kopf einmal zu ihm hinüber, daß ihm das Grimmen vergeht.

Das Mädchen schwingt sich vor der klingelnden Pforte aufs Rad. Ich erbeite mich zum Schreibisch und warte, was jetzt kommt, bereit zu antworten, vielleicht bereit zu heißen. Die beiden sind an der Brunnenpumpe stehen geblieben. „Jan,“ sagt der Dike nach einiger Zeit und blickt unsicher in die Runde, „das könntest du vielleicht auch haben, wenn du zu Haus geblieben wärest,“ und nach einer andern Weile ist müde: „Müdest es nicht haben, Jan Blund?“

Der feucht. „Immer auf denselben Plätzen sitzen?“ fragt er und blickt aus den dicken rötlichen Brauen unglücklich um sich.

„Nun, so'n hübsches Deern in der Küche und immer was für den Schnabel! Aber dir ist das wohl zu klein, du müdest gleich ein Rittergut haben, was?“ Der Dike hebt die beiden Eimer und macht von dannen, wie um dem Freund Zeit zur Wahl zu geben. Nach einer Weile kommt er wieder, er ist nicht weiß gewesen.

„Nanu,“ fragt er, weil kein Eimer gefüllt ist. „Los, pump doch!“

Er blickt sich mit bösem Gewissen um, ob jemand die Lässigkeit gesehen hat.

„Keine Lust mehr,“ sagt Jan Blund, schiebt mit dem Fuß die Eimer zur Seite, daß sie klirrend stürzen und hakt sich die Nüchse von der Pumpe.

„Keine Lust, was soll das heißen,“ schnattert der Freund. „Wo mir's schon halb verdient haben?“ Der Dike kann sich's nicht erklären. „Ist dir wohl nicht geheuer hier?“

„Ne, nicht geheuer. Ich geh!“ Der lange Kerl lacht, spuckt verächtlich auf den Hof, wirft die Jacke über die Schulter und stapft mit langsam großen Schritten zur Pforte. Der andere läuft murrend

Johannes Ladbeck (Rom): In den Sabinerbergen

Allein schon um dieses eines Bildes wegen wäre ich gern, gäbe es nicht tausend überroshende Blicke, den ganzen Tag in den Sabinerbergen herumgefahren, dort, wohin die Fremden und auch die Römer fast nie kommen. Denn hinter Tivoli scheinen für sie die befahrbaren Straßen aufzuhören, also gerade dort, wo erst wirkliche Schönheit und Ursprünglichkeit beginnt. Allein um dieses einen Bildes willen, das wie eine Vision tief in der Seele haften bleibt: der abendliche Heimgang von Bauern und Bäuerinnen auf Efelein.

Hinter Subiaco war es, der Stätte des ältesten Mönchordens im Abendlande, dem Mutterkloster des Benediktinerordens, der mit seinen reichen Abteien und Bischofsstühlen, seinem großen Bildungsgute an Europas Zivilisationsgang einen wichtigen Anteil gewann.

Wilde Berghänge, enge Schluchten, zerrissen wie in Quaden der Geburt, erschaffen sie zu Gottes und der heiligen Einsamkeit. Von der: Tätern weht der Silberfächer der Dönnwälder, und dunkelgrün breiten sich hier und dort nach unten hin die Wälder von Edeksanien, von Raubbäumen und Buchen bis zu den lila Dünsten, die im Abend aus der weiten Campagna steigen. Erschütternde Vielfalt der Farben, feinsten, ineinander gleitender, sich neu vermischender und mit der Feder gar nicht zu schildender Farben zwischen Blauviolet, Gelb und brennendem Rot liegt in dem milden Abendhimmel nach kurzem Gewitter.

Unter solchem Himmel, in solcher Landschaft nun, wie ein verirrt Pilgerzug, der aus Ewigkeit kommt und in Ewigkeit geht, taucht sich an einer Wegbiegung die Vision der reitenden Bauern auf. An die hundert mögen es sein, Frauen und Männer und Kinder, auf etwa fünfzig Efelein. Zu zweit und sogar (mit Kind) zu dritt sitzen sie auf dem lieben, langsam dahertrottenden Efelein. Was schmückt so bunt die Köpfe der Efel, was leuchtet so hell von fern schon an diesen Menschen auf? Trägt gar jeder sein Tabernakel leuchtend vor sich hin? Von sonntäglicher Prozession? Ist jeder in diesem Gebiete des Sants Benedikt ein heiliger gemorden in der Heiligkeit dieses Abends und wandert mit heiliger Familie in ein fernes Morgenland? Denn biblisch ist dies Bild in seiner Reinheit und wie aus Verschollenheit entstanden.

Frauen und Mädchen und Efelein und Kinder tragen Blumen in großen Farben. Es sind nicht die Blumen der Campagna, die überall griffnahe blühen. Es mühte etwas „Besseres“ sein, roh aus Buntpapier geschnitten. Das scheint stolzerer Schmutz für sonntägliche Andacht. Ach, sie sind alle so arm, diese Wein- und Dönnbauern der Sabinerberge, diese halb noch leibeigenen Kolonen der Großgrundbesitzer, daß ihnen das reich dünkt und allein würdig der gnadenreichen Madonna. Mitten in ihrem Zug halte ich das Auto an, um ein Weilschen mit ihnen zu Fuß zu wandern, mit teilzuhaben an ihrem abendlichen Heimgang, mitzuschwingen im Gleichmaß dieses Rhythmus zwischen Landschaft und Mensch. Auch ihr Festgewand ist armselig und zerklüftet. Und nur manche junge Frauen und Mädchen sind so ursprünglich schön, mit dem olivenbraunen, gemenschhaft geschnittenen Oval des Gesichts, den großen schwarzen Augen, der reinen schmalen Statuenfigur, daß sie wie antike Hirtentöchter auf ihrem Efelein sitzen, daß Glanz über die armen Fegen kommt und man nicht der Füße in verwaschenen Halbsocken achtet, nicht der abgetretenen Pantoffeln. Arm, wie sie sind, bieten sie gleich, nach schöner Landesart, dem Brenden von ihrem Wein und ihrem Brot, haben dazu schon die Satteltaschen geöffnet, denn sie glauben, es sei darum, daß der Fremde mit ihnen geht, weil ihn dürstet. Ihn dürstet nur nach eurem unversehrten Bild und eurer unschuldig sanften Bescheidung in Armut und Mühfal des Lebens.

Sie erzählen, daß sie zur Prozession in dem Felsenste Subiaco waren, dessen Bergsilhouette mit dem drohenden Kastell nach hier und da auftaucht, und daß sie auch weiter hinaus im Kloster des heiligen Benedikt waren, vor seiner Felsenhöhle knieten, damit er, der Schutzherr dieses Landstrichs, der Heimat gute Ernte gebe an fetten Oliven und süßem Wein. Ja, ich habe sie gesehen, wie sie in ihren armseligen Festtagskleidern (die nicht der letzte Bauernknecht in Deutschland trägt) und ihren bunten Papierblumen durch die engen, winkligen Gassen daherschlangen. Und ich habe sie auch oben in dem reichen Kloster Sants Benedikt und seiner Schwester, der Sankta Scholastica, gesehen. Da lagerten sie, sehr arm und, oh, sehr magerlich, in dem langen Gange des Klosterhofes mit Wein und Kind und Efelein. Heu frohen die Efel, an offenstehender Mutterbrust sog der Säugling schmahend seine Milch, Frauen und Mädchen aßen das harte Bauernbrot mit Ziegenkäse und mit jungen Zwiebeln und Oliven (nirgends ein Stückchen Fleisch) und tranken von dem süßen, selbstgebackenen Wein Dönnanos. Andere schliefen müde auf dem Steinboden der Gänge. So lagerten sie nach der Mühfal langer Wanderung und langen Wetens inmitten ihrer Tiere.

Aber dem heiligen Benedikt, der da oben in schier unzugänglichem Felsengebirge in einer nackten Grotte, dem „Sacro Speco“, viele Jahre hindurch einsam gelegen und um Gott gerungen hatte, waren sie in ihrer Armut und Einsamkeit vielleicht näher als die feinen, welligewandten und hochfälligen Mönche der Abtei, die jahrhundertlang über sie herrschten und noch immer als das Abbild der Herrschaft Gottes über ihnen stehen. Zwei von diesen Mönchen führten uns mit guten Worten, feinen Sitten, großer Bildung, weltbedeutendem Gespräch durch ihre abgeklüftete Welt sehr erträglich, sehr beneidenswerter Einsamkeit — durch diese zauberischen Höfe und Kreuzgänge aus drei Bauperioden, wie sie das weite Kloster der Sankta Scholastica bilden, durch diese reichen Kapellen und Bogengänge, wie sie weiter hinauf um Benedikt's nackte Felsen-grotte gebaut sind.

Ich beneide den französischen Priester aus Paris, der sich uns beiden angeschlossen hat, um sich die Erklärungen von mir überlegen zu lassen und zwischendurch auf einer Gartenbank, mit dem Blick in die wilden Berghänge, manch wellläufiges Gespräch zu führen. Ich beneide ihn, weil er in der „Foresteria“, den Gasträumen des

hinterdrein und versucht ihn zurückzuziehen, ich kann nicht mehr verstehen, was er sagt. Aber Jan Blund scheint es kaum zu spüren, daß man ihn zurückhält, er setzt mit einer Platte über die Pforte, müstert noch einmal aus verkniffenen Brauen Haus und Garten, tippt an die Nüchse, zuckt mit der Schulter und geht.

Ich laufe die Treppe hinab; den halben Bohm, den sie sich verdient haben, sollen die beiden doch haben! Aber an der Pforte ärgert's mich, hinterherzuerennen, sie sind auch schon um die Buschede, wer weiß, welchen der drei Wege sie gehen.

Gerade wie ich so warte, kommt der Landjäger auf dem Rad vorbei; er springt ab, als er mich an der Pforte sieht und weist die Straße entlang: „Haben die beiden gebettelt?“ fragt er.

„Nein, ehrlich gearbeitet.“

„Haben Sie Papiere gesehen?“ fragt er zögernd.

Ich schüttelte leuchtend den Kopf: „Lassen Sie die zwei man laufen. Kommen Sie lieber herein, Wachtmeister, und erklären mir mal die Geschichte mit der neuen Gemeindefeuer.“

Klosters, eine ganze Woche in dieser begnadeten Bergeseinsamkeit leben kann. Denn hier muß es leicht sein, den Frieden der Seele zu gewinnen. Es ist ein eleganter, geradezu grazioser Weltpriester voll Geist und großstädtischer Munterkeit und sehr verschieden von den Mönchen, die still und fein und sanft mit uns herumgehen. Er ist so weltläufig, aber er glaubt dabei fest daran, daß die Theresese von Kommerreuth eine kleine Heilige sei und in Trance aramisch gesprochen habe. Dagegen für die Sabinerbauern hat er nur einen schnellen, fast verächtlichen Seitenblick und ein mitleidiges Achselzucken ob ihrer Armut, die im reichen Bauernstande Frankreichs unsachbar wäre. Aber warum sind die so arm? Weil aller Reichtum aus ihrer Hände Arbeit, gewiß nicht im Geiste des armen Stifters, in diese vielen Klöster gegangen ist und zu den großen Herren, die unter dem Schutze von Äbten und Päpsten standen.

Mit den Armen, wie es sich für mich gebührt, lehre ich in den Abend hin. Biblisch ist, wie je vor Jahraufenden, ihr Bild noch und ihr Leben. Immer zogen sie gleich einem verirrt Pilgerzuge dahin, der aus Ewigkeit kommt und in Ewigkeit geht. Mit Weib und Kind und Efelein versinken sie im Abend, in die zeitlose Ewigkeit dieser Landschaft aus Gottes lächelndem Schöpfungsmerz.

Hans Smolik: Betrogen

Ueber dem Schutthitter des Kunsthändlergeschäfts lehnte Rademacher. Lehnte schon Stundenlang und starrte unverwandt auf einen idealisierten weiblichen Akt in Gelb. In schwüllem aufreizenden Gelb.

Verfunken war die breite Straße, mit allem, was über sie hastete, raste, kuppelte, klingelte.

Nur dieses Bild war.

War greifbar nahe. War herausgewachsen aus tiefverschütteter Wunschwelt. War zum anschaulichen Objekt geworden.

Rademacher, der Hilfsarbeiter, der gekrümmte Schützler, dem das Leben, sein Prolatenwesen, nichts von allen Wundern und Schönheiten dieser Welt gegeben hatte, lehnte und starrte und dachte und erlebte.

Sowas also gibt es!? Solch Weib! Und ihm erstand eine andere Frau: Eine Frau mit aufgetriebenem Leibe, mit hartnäckigen, edigen Gesicht, das von Furchen umrissen, mit trostlos lächelnden Augen.

Rademacher, das war dein Weib! Zur Fruchtbarkeit verdammt! Zum Kindermord verdammt! Zur Häßlichkeit verdammt!

Rademacher, was weißt du von einem Weibe? Ein Weib war abgeholt, fast zerklüftet ins Bett. Rosen schien albern. Scherzen zerbrach vergällter Mund. Was war euch Lust? Traurige Betäubung, letzte Erschöpfung, verzagtes Bäumen ausgemergelter zerdrückter Körper. Rademacher, sie haben dich um das Weib betrogen!

Sie haben die zarte bleiche Blume deiner Sehnsucht in den Dreck getreten. Sie haben dir nur gelassen, was jedes Tier ahnt, was jedes Tier schöner hat! Und du selbst hast alle deine Träume vergessen. In der Monotonie deiner Arbeit, in der Stumpfheit deines Lebens, hast du vergessen, was du als junger Kerl geträumt hast.

Run ist es wieder da!

Run schreit dir dieses Bild alles in Erinnerung!

Dir arbeitslos, vegetierendem, zermürbtem Opfer kalter Zweckmäßigkeit, dir abgewirtschaftetem Brod, dir allem Krüppel. Nicht einmal zur Wut, zur Empörung reicht heute deine Kraft. Zu keinem Fluche ringst du dich aus deiner Trostlosigkeit. Zentnerschwer wuchtet es auf deinen allen müden Schultern:

Du bist betrogen worden! Du hast nicht gelebt! Du hast nichts für die kühlenden Stunden bis zum Verreden! Du bist leer, müde, ausgebrannt!

Geh heim, Rademacher, was willst du hier noch lange stehen. Und schau nicht um dich, damit du nicht die blühenden Autos, die eleganten Frauen, die herrlichen Willen, damit du nicht die siehst, die dich um alles gebracht haben.

Damit du nicht die siehst, die für einen vollen Tisch, für geile Weiber, für lächerliche Scheinwerte, für Land und Kram, für ihren Nachthel noch heute Tausende, Hunderttausende, Millionen wie dich entwürdigen und betrügen!

Erfatzteildienst im dunkelsten Afrika

Eine Gruppe von Kraftfahrern, die sich auf einer Tour durch den dunkelsten Teil des schwarzen Erdteils befand, wurde infolge Motorschadens bei Dshuba, mitten in Zentralafrika, festgelegt. Sie labelten wegen Ersatzteilen nach England. 15 Stunden nach Eingang des Telegramms hatte die Fabrik diese Teile bereits im Flughafen Cranford bei London angeliefert, wo sie das nächste flugplanmäßige Flugzeug der Imperial Airways mitnahm. Sieben Tage nach Abgang des Telegramms sahen sich dessen Abfahrende in Dshuba bereits im Besitz der Ersatzteile. Es gelang also, in dieser kurzen Zeit eine Strecke von 8000 Kilometer zu überbrücken, was unter Benutzung anderer Verkehrsmittel ebenso viele Wochen, vor nicht langer Zeit mehr als ebenso viele Monate gedauert hätte. Man denkt dabei gerne daran, wie vor einiger Zeit Junkersflugzeuge in wenigen Tagen Serum nach leuchtendbedrohten Gegenden Persiens schafften und amerikanische Flugzeuge nordafrikanischen Siedlern über Eiswüsten hinweg Hilfe brachten. Selbst in den Enden der Erde ist der Mensch heute nicht mehr von seinesgleichen und der Hilfe abgeklüftet. Flugzeug und Radio haben die Entfernung überbrückt.

Die größte Auflage aller Zeitungen der Welt hat der französische „Petit Parisien“ mit über 2 Millionen. Die größte Auflage unter den englischen Blättern hat „Daily Mail“, das Blatt Northcliffs, mit über einer Million.

Lyngby. In Amerika kommen auf zwei geflüchtete Hingedichte drei Opfer der Lyngby.

Unglückliche Mädchen.

Frauenschicksale vor Gericht. — Die Geißel der Menschheit.

Ein zwanzigjähriges Mädchen stand vor Gericht. Sie hatte vierzehn Tage Gefängnis und 20 M. Geldstrafe erhalten, allerdings auch Bewährungsfrist. Sie war bei einem alten Junggesellen, der mit seiner Wirtshäuserin zusammen lebte, in Stellung, wurde zum Geschlechtsverkehr verführt und infiziert. Sie verbreitete die Krankheit weiter. Die Eltern dieses Mädchens, ordentliche Leute, leben in Berlin und nehmen sich nun der Tochter an. Es gelingt auch dem letzten Arbeitgeber zu veranlassen, das Mädchen wieder in Arbeit zu nehmen.

Aus ganz anderem Holze geschnitten war eine andere Zwanzigjährige. Der Vater, ein Trinker, hatte mehr als einmal versucht, sich an der Tochter zu vergehen. Auch die Mutter belachte gern Kneipen. Die Kinder waren sich selbst überlassen, und Käthe hatte schon seit ihrem zwölften Lebensjahr Geschlechtsverkehr. Sie bekam früh ein uneheliches Kind, und als von Gerichts wegen geprüft werden mußte, wer Vater ihres Kindes sei, fand man acht Zeugen, die den gleichen Anspruch auf die Vaterschaft haben konnten. Die Kleine war trotz ihres jugendlichen Alters mehrmals geschlechtskrank und wurde das letztemal vom Richter zu einem Monat Gefängnis unter Jubilation einer Bewährungsfrist verurteilt. „Mir hätte er ruhig ein Jahr Gefängnis geben können“, sagt sie. Sie denkt gar nicht daran zu arbeiten. „Was soll ich abends zu Hause, etwa mein Kind hüten? Dazu habe ich keine Lust; dann türme ich lieber.“ Man brachte sie vom Jugendamt aus unter, sie ließ sich nicht halten und trieb sich nach wie vor umher. Als sie mit Ablauf des 21. Lebensjahres neu eingeliefert wurde, suchte sie sofort wieder die Münz- und Mulackstraße auf...

Die Sucht nach der Strafe.

Vom Straßenleben ließ sich auch die zwanzigjährige R. nicht abbringen. Als sie 16½ Jahre alt war, kam sie aus einer Kleinstadt nach Berlin. Auf ihrer ersten Stelle hielt sie es aber nicht länger als drei Wochen aus, dann ging sie auf die Strafe. Immer wieder geriet sie mit den Kriminalbeamten in Konflikt. Das Pflegeamt kennt sie nur zu gut. Während der Zeit, da sie dort untergebracht war, benahm sie sich stets sehr freundlich, wollte aber von Arbeit nichts hören. Zweiundzwanzigmal wurde sie in Untersuchungshaft eingeliefert. Jetzt ist sie zwanzig Jahre alt; das letztemal wurde sie festgenommen, weil sie einen älteren Mann angestiftet haben sollte.

Sehr schwer war auch die sechzehnjährige S. zu behandeln. Aus der Fürsorgeerziehung entwichen, trieb sie sich in der Münzstraße herum. In Dranienburg, in der Nähe von Berlin, lernte sie einen Jungen kennen, der in der Räderklausur verkehrte, dem berühmtesten Aufenthalt für junge Leute, die unter die Räder gekommen sind. Seinen Namen kannte sie nicht, wußte ihn aber so genau zu beschreiben, daß er festgestellt werden konnte; er sollte sie infiziert haben. Sie wieder hatte einen Mann angestiftet und wurde eben deshalb von der Polizei festgenommen. Ihre Papiere erwiesen sich als falsch; sie wollte sie von dem Jungen aus der Räderklausur erhalten haben. Der Mann, der sie angezeigt, hatte aber anscheinend allen Grund, nicht gefunden zu werden, denn auch er hatte eine falsche Adresse angegeben.

Traurig war auch Kindheit und Jugend der jetzt dreißigjährigen K. Der Vater Trinker, die Mutter schwindsüchtig, die Kinder kamen in Fürsorgeerziehung, die K. selbst von ihrem zweiten Lebensjahre an in verschiedene Pflegefamilien. Ihr Freund hatte sie angezeigt, weil sie, obgleich in Behandlung eines Arztes für Geschlechtskrankheiten, doch mit ihm weiter Geschlechtsverkehr ausübte. Als sie nun einen auf zwei Wochen lautenden Strafbefehl erhält, erstattet sie Gegenanzeige: sie habe nur mit ihrem

Freund Verkehr gehabt, könne sich also nur von diesem angesteckt haben. Das Mädchen wird freigesprochen. Erst später stellt sich heraus, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders lagen.

Do X 2 in Spezia gelandet.

Vom Bodensee zum Mittelmeer in kaum drei Stunden.

Das Dornier-Flugschiff Do X 2 ist nach Ueberquerung der Alpen glatt in dem italienischen Flughafen Spezia gelandet. Vom Bodensee bis zu dem italienischen Mittelmeerhafen am Süden des Golfs von Genua hat die 12 motorige Riesemaschine knapp drei Stunden benötigt. Zeitweise hatte das Flugschiff, wie es durch Funkpruch von Bord meldete, eine Stunden-geschwindigkeit von 190 Kilometer. Die Fiat-A-22-Motoren, mit denen die Maschine ausgerüstet ist, sind die gleichen, die bei dem italienischen Geschwaderflug über den Südatlantik benutzt wurden.

Spiel- und Sporttag im Friedrichshain.

Die Kinderfreunde, Bezirk Friedrichshain, veranstalten am Sonntag, dem 30. August, gemeinsam mit den Kindergruppen der F.T.G. auf dem Sportplatz Friedrichshain einen Spiel- und Sporttag. Eine Werbedemonstration zum Sportplatz Friedrichshain leitet die Veranstaltung ein. Abmarsch 12 Uhr Küstriner Platz. Auf dem Platz selbst kommt folgendes Programm zur Durchführung: Zirkus, Zeltlager, Kasperle-Theater, Sprechchor, Volkstanz, Theaterstück und Sport. An sportlichen Veranstaltungen finden statt 8x50-Meter-Stafette (getrennte Mannschaften), Handballweitwerfen, Weitsprung und Völkerball (10 Mann). Als Abschluß gibt es eine offene Eingestunde. Die Ansprache hält Genosse Hans Weinberger.

Die Wirtschaftskrise hat die Schifffahrt auf dem Rhein schwer heimgesucht. Am 18. August lagen auf der Rheinreederei bei Duisburg 738 Rähne mit 908 000 Tonnen. Das Schiffslager auf der Rheinreederei ist vom Volksmund „Schiffsfriedhof“ getauft worden. Die Schiffe liegen auf der Rheinreederei, um die Hafengebühren zu sparen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

Dienstag, 1. September, 17 Uhr, außerordentliche Fraktions-sitzung an bekannter Stelle.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

heute, Sonnabend, den 29. August:

48. Mt. 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung mit den Bezirksämtern im Lokal von Chwilkowski, Wrangeistr. 66.

Sonntag, den 30. August:

5. Kreis. Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin, Bezirk Friedrichshain, veranstaltet mit den Kindergruppen der F.T.G. einen Spiel- und Sporttag auf dem Sportplatz Friedrichshain. Als Auftakt findet eine Werbedemonstration zum Sportplatz statt. Abmarsch 12 Uhr Küstriner Platz. Programm auf dem Sportplatz: Zirkus, Kasperle-Theater, Zeltlager, Sprechchor, Sport usw. Starke Beteiligung unserer Mitglieder wird erwartet.

12. Kreis. 10½ Uhr veranstaltet der Volkshort Tempelhof-Marienthorf ein Glaskonzert im Freuden-Park. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, dort zu erscheinen.

29. Kreis. 19½, 17½, 15½, 13½, 11½, 9½, 7½, 5½, 3½, 1½ Uhr im Gesellschaftshaus in Bernsdorf. Alle Genossinnen und Genossen sind mit Freunden und Sympathisierenden dazu freundlich eingeladen. Treffpunkt für alle Abteilungen 14 Uhr am Hof, Bernsdorf.

56. Mt. Arbeitsgemeinschaft jüngerer Parteigenossen: Fahrt nach Bernau. Treffpunkt 7 Uhr Hof, Bernsdorf. Fahrpreis 1,20 M.

148. Mt. Die Mitglieder beteiligen sich zahlreich am Kreis Sommerfest in Bernsdorf. Treffpunkt 12 Uhr Lokal Wollsch.

Sozialistische Studentenschaft Berlin.

Am September beginnen wieder die Veranstaltungen der Sozialistischen Studentenschaft. Während der Ferienmonate werden regelmäßig politische und andere Ausprobendebatte und Vorträge stattfinden. Erster Ausprobendebatte: Donnerstag, 3. September: „Die Aufgaben der jungen Generation in der sozialistischen Bewegung“. Referent Genosse W. Geisler (Sektion F.T.G.). 20 Uhr im Saal.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

2. Kreis Kitzgerien, Montag, 31. August, 19½ Uhr, wichtige Funktionärs-sitzung bei Stein, Hofmeisterstr. 14.

12. Kreis Sigali. Für die „Badur“-Fahrt, 6 Tage nach Magdeburg, in der Zeit vom 7. bis 13. September, können sich nach Teilnahme beim Genossen Schorwetter, Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 71, melden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Vom der Liga für Menschenrechte findet heute, 16½ Uhr, ein internationales Fremdenlokaltreffen anlässlich der Anwesenheit von Austauschleitern aller

Allgemeine Wetterlage.



Wider Erwarten hat sich das gestern über Bestrußland befindliche Tief westwärts ausgedehnt. Warme, vom Schwarzen Meer stammende Luftmassen haben es auf seiner Ost- und Nordseite umflossen, haben Ostpreußen erreicht und gleiten jetzt von Nordosten her auf die in Deutschland liegenden Kaltluftmassen auf. So entstand ein ausgedehntes Regengebiet östlich der Oder, das sich ebenso wie das Tief selbst nach Süden oder Südwesten zu bewegen scheint. Dadurch wird auch der Teil unseres Bezirkes westlich der Oder zumindest zeitweise in das Schlechtwettergebiet kommen. Zudem scheint sich auch das nordwestliche Hochdruckgebiet weiter nach Nordwesten zu entfernen, was man aus den augenblicklich vor sich gehenden Druckänderungen schließen kann.

Wetterausichten für Berlin: Meist stark bewölkt und zeitweise leichter Regen; Temperaturen wenig verändert; nördliche bis nordöstliche Winde. — Für Deutschland: In Westdeutschland noch zeitweise heiter. In Ost- und Mitteldeutschland vielfach bewölkt mit Regenschauern.

Was jagt der Bär?



In den Seilen

unter strahlender Lichtfülle die Besten der Boxerwelt mit dem Ringrichter.

Vor den Seilen

eine tausendköpfige Menge- und mit ihr die gute Cigarette, welche seit Jahrzehnten alle Raucher für sich gewann:

Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte Cigarette 6 Stück 20 ♂

Litwinow in Berlin.

Optimistische Aeußerungen über die russischen Verhandlungen mit Frankreich.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, machte am Freitag auf der Durchreise nach Genf, wo er die Sowjetunion im Europa-Komitee vertreten wird, Station in Berlin. Mittags gab der Reichsaussenminister Dr. Curtius zu Ehren seines russischen Kollegen ein Frühstück, dem politische Besprechungen im Beisein des deutschen Botschafters in Moskau, von Dirksen, vorangegangen waren.

Am Nachmittag empfing der bolschewistische Volkskommissar die Vertreter der bürgerlichen Presse und äußerte sich über die schwebenden Verhandlungen mit Frankreich und Polen. Er betonte dabei, daß von neuen polnischen Vorschlägen über einen russisch-polnischen Nichtangriffspakt keine Rede sein könne. Polen hätte lediglich seine früheren, für Rußland unannehmbaren Vorschläge aus den Jahren 1926 und 1927 abermals unterbreitet. Rußland betrachtet diese Vorschläge, die einen gemeinsamen Nichtangriffspakt sämtlicher Randstaaten der Sowjetunion vorsehen, deshalb als unannehmbar, weil damit die Anerkennung der Annektion Bessarabiens durch Rumänien ausgesprochen wäre, die für Rußland etwa dieselbe Rolle spielt wie der polnische Korridor für Deutschland; Polen dagegen fühlt sich durch sein Militärbündnis mit Rumänien verpflichtet, nur gemeinsam mit Rumänien einen derartigen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abzuschließen.)

Dagegen soll sich Herr Litwinow sehr optimistisch über die Aussichten der Pariser Verhandlungen geäußert haben, die den Abschluß eines russisch-französischen Nichtangriffspaktes bezwecken. Bisher hätten diese Verhandlungen keinen Schwierigkeiten begegnet, und er hoffe, daß der Pakt in kurzer Zeit abgeschlossen werden würde.

Wir hoffen es auch. Einmal, weil die scheinbar einseitigen Bindungen Rußlands mit Deutschland bisher nur eine Quelle internationaler Unruhe gewesen sind; im Gegensatz zu manchen reaktionären, zum Teil sehr maßgebenden Kreisen in Deutschland haben wir vor den diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Illusionen immer gewarnt, die an die sogenannte Rapallo-Politik geknüpft wurden, für die Deutschland sehr erhebliche materielle Opfer gebracht und bei der es sich auch diplomatisch ganz umsonst kompromittiert hat. Wir haben nie daran gezweifelt, daß an dem Tage, an dem Rußland glauben würde, daß ihm sein Staatsinteresse gebietet, Anschluß an Frankreich zu suchen, seine vorgetäuschte Sympathie für Deutschland wesentlich nachlassen würde. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, seit Frankreich der einzige Staat in Europa geworden ist, der als Kreditgeber in Frage kommt, während sich aus Deutschland einstweilen nichts mehr herausholen läßt.

Der weitere Grund, weshalb wir den russisch-französischen Paktverhandlungen besten Erfolg wünschen, ist der, daß damit dem verlogenen Gerede der bolschewistischen Presse aller Länder über das Bestehen einer „internationalistischen Koalition“ unter Führung Frankreichs, die sich anschickte, über das harmlose Sowjetrußland herzufallen, ein Ende bereitet werden würde. Dieses Gerächel war immer nur eine plumpe kommunistische Agitationslüge, ein russisch-nationalistischer Schwindel, mit dem man jahrelang die Volksmassen der Sowjetunion gegen das Ausland aufgepuscht hat, um sie von den Sünden und Fehlschlägen der eigenen Machthaber abzulenken. Nach Abschluß eines Paktes zwischen Paris und Moskau würden die sowjetrussischen Zeitungsschreiber und ihre deutschen Papageien, die es wagten, diese alte Grammophonplatte noch einmal abzuspielen, nur noch lächerlich machen.

Rußlands Voraussetzungen für Nichtangriffspakt mit Polen.

Konow, 28. August.

Wie aus Moskau verkundet, hält die Sowjetregierung noch wie vor für etwaige Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Polen an folgenden Voraussetzungen fest: 1. Der Pakt wird nur mit Polen ohne Einfluß irgendwelcher anderer Länder abgeschlossen. 2. Die Sowjetregierung garantiert keinerlei Grenzen. 3. Die Sowjetregierung behält sich alle Schritte gegenüber Bessarabien vor. 4. Die Sowjetregierung erkennt keinerlei Ansprüche Polens in bezug auf Danzig an. 5. Die Sowjetregierung verlangt, daß im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und einem der polnischen Verbündeten Polen strenge Neutralität bewahrt.

Ämtliche Mißbilligung einer Karikatur.

Ämtlich wird mitgeteilt:

„In seiner Nummer vom 29. d. M. bringt „Der Deutsche“ eine Karikatur des zur Zeit hier als Gast weilenden russischen Volkskommissars Litwinow und beleidigt ihn dabei in der gräßlichen Weise. Die Reichsregierung kann ein solches außerordentlich bedauerliches Verfahren nur auf das schärfste mißbilligen.“

Bombe auf Botschafter.

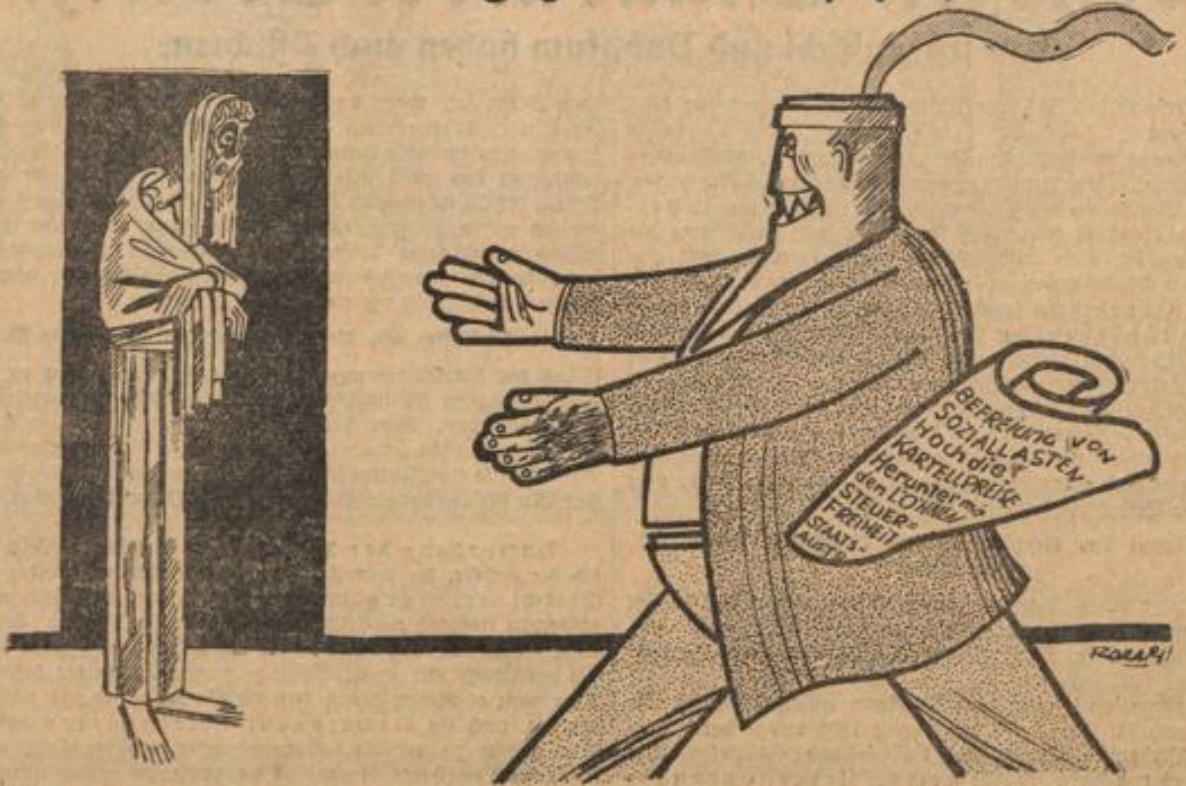
In Madrid gegen den Vertreter Portugals.

Madrid, 28. August.

Am Freitagnachmittag warfen zwei als Arbeiter verkleidete Männer eine Bombe in das Arbeitszimmer des portugiesischen Botschafters in Madrid, wo sie explodierte. Der Botschafter, der sich mit seiner Frau im Zimmer aufhielt, erkannte rechtzeitig die Gefahr und konnte sich und seine Frau in Sicherheit bringen, bevor die Explosion erfolgte. Durch die Explosion wurde das Büro vollkommen zerstört. Das Botschafterpaar blieb unverletzt. Der Anschlag wird mit der portugiesischen Umstürzbewegung in Zusammenhang gebracht, da der Botschafter der Diktatur sehr feindlich gesinnt war. Bisher konnten die Täter noch nicht verhaftet werden.

Wie zu dem Attentat aus Madrid gemeldet wird, befanden sich der Botschafter und seine Gattin in einem zu ebener Erde gelegenen Arbeitszimmer, als plötzlich durch das offene Fenster ein Gegenstand geworfen wurde, den sie für einen Stein hielten. Beim Näherreten stellten sie jedoch fest, daß es sich um einen Explosivkörper handelte. Sie hatten gerade noch Zeit, in den Korridor, auf den das Arbeitszimmer mündet, zu flüchten, als die Bombe explodierte. Alle Möbel im Zimmer wurden zertrümmert. Die sofort herbeigerufenen Posten begannen unverzüglich mit der Untersuchung. Von den vor dem Botschaftsgebäude mit der Wiederherstellung von Straßenbahngleisen beschäftigten Arbeitern erklärte einer, daß er in dem Augenblick der Explosion zwei Personen in der Tracht von Mechanikern eilends in die nächstliegende Seitenstraße habe flüchten sehen.

Der Weg zur Selbsthilfe.



Die Industrie: „Das wäre gelacht, wenn wir nicht miteinander ins Geschäft kämen!“

„Bestohlen haben sie uns!“

Entrüstung der Devaheimsparer über die Kirche.

In Havertlands Fejsälen fand gestern Abend eine zweite Versammlung der geschädigten Sparer des kirchlichen Devaheim-Konzerns statt. Nachdem ein erster, von geschäftstüchtigen Rechtsanwältin gegründeter „Schutzverband“ unter der Empörung der Sparer von der Bildfläche verschwand, ist ein neuer „Reichsverband der Geschädigten des Devaheim-Konzerns“ ins Leben gerufen worden. Ob dieser neue Verband, dessen Vorstand in seiner Mehrheit nicht aus Sausparern besteht, uneigennützig die Interessen der geschädigten Kleinsparer vertreten wird, muß abgewartet werden.

Die Verhandlungen der Sparervertreter mit dem Zentralauschuß für die Innere Mission und den Kirchenbehörden über ernsteste Hilfsmahnahmen sind noch nicht weit gediehen. Wer von den Herrschaften nicht „verreißt“ ist, erklärt: „Ich bin nicht kompetent!“ Den Höhepunkt der Versammlung bildeten Reden des Superintendenten Schowalter. Mit Zorn:

„Sie sind wohl bestell? Raus!“

empfangen, versuchte er, die Kirche zu verteidigen. Die Haltung der Sparer bewies, wie stark die Stellung der Kirche durch den Sparerandal unter ihren eigenen Anhängern erschüttert ist. Gelächter, als vom „Geist der Liebe und Hilfsbereitschaft der Kirche“ gesprochen wurde. Zurufe: „Wir wollen unser Recht und keine Almosen“, als Schowalter den Plan erwähnte, den bedürftigsten Geschädigten durch Betteleier der Mission zu helfen. Stärkster Druck auf die Kirche wurde unter empörten Zwischenrufen

„Bestohlen haben sie uns!“

verlangt.

Wie der Superintendent Schowalter behauptet, ist der „Zentralauschuß“ nach der Lage der Dinge nicht in stande zu helfen. (Zurufe: Also kontrakt!) Auf Bürgschaften der Missionsanstalten will keine Bank Geld geben. Einige Sparer verlangten, den bei der Devaheim beteiligten deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband regreßpflichtig zu machen.

Von den Sparer, bei denen die Kampagne des „Vorwärts“ gegen die Innere Mission und die Kirche als die Hauptverantwortlichen für den Devaheim-Skandal großen Anklang

gefunden hat, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die vom Zentralauschuß verlangt, daß die nun schon seit Monaten angekündigte Hilfe endlich kommt. Die geschädigten und betrogenen Sparer des kirchlichen Sausparkonzerns fordern von der Kirche nicht nur den Ausdruck des Verständnisses, sondern umfassende Hilfsmahnahmen.“

Sparergroschen für nationale Presse.

Devaheim und „Tägliche Rundschau“.

Der schwarzweihrote Korruptionsfumpf bei der Inneren Mission und deren Baubetrieben ist nicht nur ein Fall der evangelischen Kirche, sondern auch ein besonders ruhmreiches Blatt in der Chronik des nicht endenwollenden Skandals, mit dem die nationalsozialistischen Parteien ihre Eignung zur Rettung des deutschen Vaterlandes dokumentieren.

Aus dem großen Fosten der Sausparergelder des zusammengebrochenen Devaheim-Konzerns ist auch die „nationale“ Politik ausgiebig gespeist worden. Ein Fall dieser unheiligen Dreieinigkeit von Religion, Politik und Geschäft ist besonders interessant. Dem Aufsichtsrat der Devaheim gehörte neben dem Reichstagsabgeordneten Pastor Dr. Rumm auch der Pastor Kliech aus Breslau an, der Führer des schlesischen Provinzialvereins der Inneren Mission und Mitglied des Verwaltungsausschusses. Kliech ist preußischer Landtagsabgeordneter und Leiter des Christlich-sozialen Volksdienstes, dessen Zentralorgan die „Tägliche Rundschau“ ist.

Als die „Tägliche Rundschau“ im vorigen Jahr in Schwierigkeiten geriet und in andere Hände überzugehen drohte, ließ sich Kliech von dem Schatzmeister der Inneren Mission und Hauptverantwortlichen für den Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns, dem Pastor Dr. Cremer aus Potsdam, 20 000 M. geben. Dieses „Handgeld“, mit dem die Schulden der „Täglichen Rundschau“ bei dem Drucker Lehmann bezahlt wurden, stammte aus den Spareinlagen der Deuzag, einer Tochtergesellschaft der Devaheim. Jetzt halten die kleinen Sausparer nach ihren letzten Spargroschen vergeblich tägliche Rundschau.

Der spanische Ministerpräsident Zamora begab sich, sobald er die Nachricht erhielt, in die Botschaft, um den portugiesischen Botschafter Nello Barreto und seine Frau zu dem Wünschlingen des Anschlags zu beglückwünschen. Barreto hat keinerlei Vermutung, wer den Anschlag begangen haben könnte. Ein strenger Ordnungsdienst ist vor dem Botschaftsgebäude eingerichtet.

Barreto ist portugiesischer Botschafter in Madrid seit Oktober 1926. Im Frühjahr d. J., während der Unversitätsunruhen von Lissabon und Porto, ist er Gegenstand feindseliger Kundgebungen der Madrider Studenten gewesen, die unter den Fenstern des Botschaftsgebäudes gegen ihn manifestiert hatten, doch will er nicht glauben, daß Spanier das heutige Attentat begangen haben könnten. Die Polizei ist der Ansicht, daß es sich um portugiesische politische Flüchtlinge handle.

80 Tote in Lissabon.

Lissabon, 28. August. (Eigenbericht.)

Die militärische Umstürzbewegung, die das Land und seine Hauptstadt Lissabon mehrere Tage in Aufregung gehalten hat, ist endgültig niedergeschlagen. 80 Tote und 500 Verwundete sind als Opfer der Aktion zu verzeichnen. Außerdem wurden 500 Personen verhaftet. Der Hauptkampf spielte sich in Lissabon um die Jägerkaserne ab. Er forderte allein 50 Tote und mehrere hundert Verwundete. Der Führer der Umstürzbewegung war der kürzlich aus dem Kabinett ausgeschiedene Kriegsminister de Azevedo.

Die Regierung Carmona löst ämtlich mitteilen, daß sie sich restlos im Besitz der Macht befindet.

Karolhis gefügige Mehrheit.

Bei dem Wahlrecht.

Budapest, 28. August.

Das Abgeordnetenhaus hat sich heute nachmittag auf abbestimmte Zeit verlagert. Ministerpräsident Karolhis

stellte zum Verlagsantrag die Vertrauensfrage, worauf das Haus mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien gegen die Stimmen der Opposition die Verlaung beschloß. In der Debatte forderte der Sozialist Buchinger die Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts sowie die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Er bezifferte die Zahl der Erwerbslosen in Ungarn auf annähernd 250 000 und erklärte, daß ihre staatliche Unterstützung höchstens 25 Millionen Pengö jährlich kosten würde. Die Sitzung endete mit Ovationen der Regierungsparteien für die neue Regierung.

Die Börse kammer beschloß heute, die Budapest Effektenbörse trotz der für den 3. September angeordneten Wiedereröffnung der deutschen Börsen auch weiterhin geschlossen zu halten.

Der ursprüngliche Plan, die Gehaltskürzungen schon am 1. September durchzuführen, ist wegen technischer Schwierigkeiten fallen gelassen worden. Als Stichtag soll der 1. Oktober gelten.

Beilegung des Konflikts Papst-Mussolini?

Eine Ansprache des Papstes Pius.

Vatikanstadt, 28. August.

Pius XI. hielt heute beim Empfang von 100 Studenten der katholischen Universitäten von Rom und Mailand eine Ansprache, wobei er bestätigte, daß in dem Konflikt zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung eine baldige befriedigende Lösung zu erwarten sei.

Oesterreichische Präsidentenwahl. Die Parteileitung der Christlich-Sozialen hat beschlossen, am dem 18. Oktober als Termin der Reuwahl des Präsidenten festzuhalten. Mit den übrigen bürgerlichen Parteien soll möglichst eine bürgerliche Sammelkandidatur aufgestellt werden. Die Sozialdemokraten nominieren als ihren Kandidaten den ersten Bundeskanzler der Republik, den Präsidenten des Nationalrats, Dr. Renner.

Arbeitszeit- Skandal bei Groterjan.

Gewerbeaufsicht und Publikum haben auch Pflichten.

Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wird uns geschrieben:

Durch Zwang wurde bei den Brauereiarbeitern die 40-Stunden-Woche eingeführt. Sehr skeptisch waren die Arbeiter, als sie hörten, daß mit der Einführung der 40-Stunden-Woche auch Neueinstellungen zu erwarten seien. Im Verhältnis zur Verkürzung der Arbeitszeit wurden auch tatsächlich nur wenige Arbeiter neu eingestellt. Statt Einstellungen vorzunehmen, geht die Malzbrauerei Groterjan sogar dazu über, Arbeitern des inneren Betriebes zu kündigen. Zur Entlassung sollen 12 Mann kommen. Bei dieser Gelegenheit versucht man alle die loszuwerden, die nach Ansicht der Betriebsleitung „nicht das notwendige Interesse zeigen“. Ohne Rücksicht auf die Dienstzeit des einzelnen oder seiner Familienverhältnisse wird verfahren. Als der Arbeiterrat auf die Ungerechtigkeit einer Entlassung verwies und darauf aufmerksam machte, daß der Betroffene noch vier Kinder unter 14 Jahren habe, wurde vom Betriebsleiter Besatz erklärt:

„Zuerst kommt das Geschäft; soziales Empfinden kommt in zweiter Linie!“

Vom Leiter eines Betriebes, dessen Abnehmer schließlich nicht in der Hauptsache kaltblütige Scharfmacher sind, könnte man, wenn schon nicht mehr Menschlichkeit, so doch mehr Zurückhaltung erwarten.

Vom Fahrpersonal sollen auch 17 Mann entlassen werden. In der Woche vom 17. August bis 22. August 1931 wurde durch Kontrolle des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter festgestellt, daß von dieser Gruppe noch 507 Ueberstunden geleistet wurden. Um 10 Uhr abends und auch noch später sieht man die Wagen der Groterjan-Brauerei auf der Straße. Jetzt sollen noch Wagen stillgelegt werden. Das nennt man „Wirtschaftsführung“.

Auf die Frage des Organisationsleiters, wie man sich die Sache

denn denkt, ob man noch mehr Ueberstunden von den Fahrern verlangen wolle, war man höchst ungehalten. Als der Organisationsvertreter dann weiter erklärte, daß man sich als Tarifkontrahent das nicht gefallen lassen könne, und weiter auf den Artikel der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 26. August verwies, der sich mit dieser Angelegenheit befaßt hatte, wurde die Geschäftsleitung nervös und drohte, die Verhandlung abzubreaken. Entsprechend den festgestellten Ueberstunden müßten bei dem Fahrpersonal noch 12 Mann neu eingestellt werden.

So denkt sich also diese Brauerei die 40-Stunden-Woche.

Schon vor der Einführung der 40-Stunden-Woche war es mit der Innehaltung der 48stündigen Arbeitszeit in dieser Brauerei eine ganz besondere Sache. Aber heute, bei dem großen Heer der Erwerbslosen kann es nicht gebildet werden, daß noch Ueberstunden in einem Betrieb in so unerhörtem Maße gemacht werden und daß zu alledem statt Neueinstellungen noch Arbeiter entlassen werden sollen.

Anmerkung der Redaktion: Selbstverständlich machen sich die Fahrer, die derartig Ueberstunden schinden, einer großen Pflichtverletzung schuldig, wenn ihnen vielleicht auch der mildernde Umstand zugebilligt werden kann, daß sie unter dem Druck einer Geschäftsleitung handeln, die jedes Gefühl und jedes Maß für das menschlich und sozial Mögliche verloren oder nie besessen hat. Aber ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaft zur Abwehr schreitet, auch die Gewerbeaufsichtsbehörden haben hier eine Pflicht zu erfüllen. Daneben oder darüber steht auch die Pflicht des Publikums. Erzeugnisse, die einfach unentbehrlich sind, gibt es nicht. Auch die Erzeugnisse der Brauerei Groterjan sind es nicht. Wir erwarten von dieser Firma die notwendige Korrektur. Wir verlangen nicht, daß sie Gefühle heuchelt, die ihr fremd sind. Sie möge aber der Worte ihres Betriebsleiters eingedenk sein: „Zuerst kommt das Geschäft!“

Vertrauen zum Gesamtverband.

Geschlossenheit oberste Pflicht. — Schärffter Kampf jedem weiteren Lohnabbau.

Mit der Beendigung des Lohnkonflikts der Gemeindegewerkschaften beschäftigte sich gestern abend in den Kammerräumen eine von über 2000 Funktionären besuchte Versammlung der Berliner Kammereigenen, der Arbeiter der Städtischen Werke, der RKB, und der Reichs- und Staatsbetriebe. Die Versammlung verlief in musterergütiger Disziplin.

Genosse Schaum schilderte kurz die Vorgeschichte des Lohnkonflikts, dessen Ausgangspunkt bekanntlich die Rotorordnung vom 5. Juni mit der Zwangsbestimmung über die Angleichung der Gemeindegewerkschaften an die Löhne der Reichsarbeiter war. Er zeigte insbesondere die Schwierigkeiten auf, die sich aus der Tatsache ergaben, daß der Gesamtverband gegen eine Gesetzesbestimmung anzukämpfen hatte, die die Rotorordnung nun einmal ist, während bisher die Aushebung oder Abänderung von Gesetzen eine Aufgabe der politischen Parteien war. Die fesselnde Schilderung der einzelnen Phasen der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium durch Genossen Schaum, zwang auch die Funktionäre kommunistischer Couleur in den Bann.

Genosse Schaum erklärte unumwunden, daß

das Endergebnis der schwierigen Verhandlungen für die Gemeindegewerkschaften immer noch schmerzhaft genug ist.

Bei objektiver Würdigung aller Begleitumstände muß jedoch jeder Einsichtige erkennen, daß der Gesamtverband, ohne das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden, nicht nur den Reichsarbeiterverband der kommunalen und anderen öffentlichen Unternehmungen gezwungen hat, sein Lohnabbauverbot zurückzuziehen, sondern auch die Reichsregierung zu bewegen, die für die Gemeindegewerkschaften einschneidenden Bestimmungen der Rotorordnung fallen zu lassen.

Der Haupterfolg ist jedoch die Abwehr des Angriffs auf das Tarifrecht.

Mit besonderer Genugtuung muß auch nach diesem schweren Kampf wieder festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Presse in anerkannter Weise den Kampf unterstützt hat, während die Hege der bürgerlichen Presse gegen die Gemeindegewerkschaften, sowie die der kommunistischen Presse gegen die Führer des Gesamtverbandes in diesem Kampfe keine Grenzen kannte. Wenn auch in dem Konflikt die Entscheidung gefallen ist, so steht noch der 1. November bevor. Auch in diesem noch bevorstehenden Abwehrkampf wird es vielleicht wieder sehr kritische Situationen geben.

Der Gesamtverband ist aber auch für diesen Kampf gerüstet.

Notwendig ist es aber, gerade angesichts der noch bevorstehenden Auseinandersetzungen weiterhin gewerkschaftlich geschlossen zu bleiben.

In der Diskussion wurde allgemein die Haltung der verantwortlichen Funktionäre des Gesamtverbandes während der ganzen Bewegung gebilligt. Ein kommunistischer Funktionär, der schon in der letzten Generalversammlung des Gesamtverbandes mit seinen Tiraden kläglich abgelaufen war, stieß mit seinem Kampfgeschwafel und seiner Wankredendation auf den schärfsten Protest der Funktionäre. Folgende Entschliessung wurde mit allen gegen nur 5 Stimmen angenommen.

Die allgemeine Funktionärerversammlung der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin des Gesamtverbandes am 28. August 1931 in den Kammerräumen

billigt die Maßnahmen des Gesamtverbandes

zur Abwehr der durch die Rotorordnung vom 5. Juni d. J. vorgenommenen Eingriffe in das Tarifrecht und der vorgesehenen rigorosen Kürzungen der Löhne der Gemeindegewerkschaften. In der Erkenntnis, daß mit Rücksicht auf die derzeitigen Umstände und wirtschaftlichen Verhältnisse ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war, stimmt sie den getroffenen Vereinbarungen zu, bringt jedoch schon jetzt zum Ausdruck, daß eine etwa beabsichtigte weitere Kürzung der Löhne völlig untragbar ist.

Die Funktionärerversammlung weist die sich bei jeder Bewegung wiederholenden Versuche der KPD. und der RKB, die Bewegungen der freien Gewerkschaften zu fördern, und deren Funktionäre zu verleumden, auf das entschiedenste zurück. Die Funktionäre verpflichten sich, alles zu tun, um auch zum nächsten

Kampf um die Erhaltung der Existenz der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben gerüstet zu sein und den letzten Beschäftigten dem Gesamtverbande zuzuführen.

Kampf den Spaltern und jedem Lohnabbau!

Die zum 27. August nach dem Gewerkschaftshaus in Berlin zusammenberufenen Funktionäre des Gesamtverbandes für die Gemeindegewerkschaften in den Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen nahmen zu der durch die Rotorordnung und die Vereinbarungen zwischen Reichsarbeiterverband und Gesamtverband geschaffenen Lage Stellung. Nach einem Referat des Genossen Schmecher wurde die nachstehende Entschliessung angenommen:

„Die am 27. August im Gewerkschaftshaus in Berlin tagende Bezirkskonferenz des Bezirks 5 des Gesamtverbandes ist sich bewußt, daß die durch die Rotorordnung geschaffene Lage für die Gemeindegewerkschaften in ihrer Auswirkung als ein verhängnisvoller Eingriff in die Lebenshaltung der Gemeindegewerkschaften bezeichnet werden muß, zumal von der Reichsregierung nichts getan worden ist, die hohen Gehälter und Pensionen abzubauen. Sie erkennt an, daß die Abwehr von Erfolg war, und erwartet, daß weitere Verschlechterungen mit derselben Energie abgewehrt werden, da sonst der schärfste Kampf angefangen werden muß.“

Die Einstellung der bürgerlichen Presse zwingt dazu, die Aufforderung zu geben, die bürgerliche Presse jeder Parteilichheit aus dem Arbeiterhaushalt zu verbannen.

Wenn nicht alles erreicht wurde, liegt das nicht zuletzt an der Uneinigkeit der Arbeiterschaft selbst. Daher sollen durch Aufklärung der Arbeiterschaft alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, die Einheit zu fördern. Dies kann nur geschehen, wenn den politischen Abenteurern und berufsmäßigen Spaltern der schärfste Kampf angefangen wird.“

Auch in Bayern Vertrauen.

Die Versuche der RKB, aus der Vereinbarung zur Beilegung des Lohnkonflikts mit den Gemeinden einen Sturmbock zur Erschütterung des Gesamtverbandes zu machen, sind aussichtslos. Die Bezirkskonferenzen des Gesamtverbandes stellen sich hinter die Gewerkschaftsführung. So hat dieser Tage auch eine Bayernkonferenz des Gesamtverbandes in Regensburg zur Lohnvereinbarung Stellung genommen und in einer einstimmig angenommenen Entschliessung die Haltung der Unterhändler des Verbandes und der Tarifkommission gebilligt.

Köln provoziert einen Streit.

Hilfsstellung für die KPD.

In Köln hat die Stadtverwaltung verfügt, daß die Stundenlöhne der Füllgearbeiter vom 27. August ab von 89 auf 77 Pfennige gesenkt werden. Während die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und die Gewerkschaften Schritte unternommen haben, diese Lohnsenkung abzuwenden, hat die KPD, von den 807 Arbeitern des Fuhrparks 358 und 30 Arbeiter der Gartenbauverwaltung zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt. Die Hauptschuld fällt jedoch auf die Stadt Köln, deren Oberbürgermeister wohl das meistaus höchste Einkommen unter seinen Kollegen hat, die es aber gleichzeitig fertig bringt, statt 4 Proz. 13 1/2 Proz. den Arbeitern vom Lohn abzuziehen, die im übrigen nur 33 Stunden die Woche beschäftigt werden.

Zechenbesitzer melden sich wieder.

Sie kündigen das Lohnabkommen.

Bochum, 28. August. (Eigenbericht.)

Der Zechenverband hat die durch Schiedspruch vom 20. Juni mit Wirkung vom 1. Juli unverändert wieder in Kraft gesetzte Lohnordnung zum 20. September gekündigt. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hat zum 7. und 8. September eine Reichskonferenz nach Bochum einberufen. Die Tagung wird sich insbesondere mit der ungeheuren sozialen Not der Ruhrbergleute beschäftigen.

Kurzarbeit im BMMZ.

10 Proz. Gehaltsabzug bei 40-Stunden-Woche als Regel

Von den UFA-Verbänden wird uns geschrieben:

Am Donnerstag fanden nochmals Verhandlungen zwischen den Angestelltenvereinigungen und dem Verband Berliner Metallindustrieller zwecks Beibehaltung des Maximalabzuges von 10 Proz. bei Kurzarbeit statt, die zu keiner kollektiven Regelung führten.

Wie schon in der ersten Verhandlung, behauptete der BMMZ, daß seine Mitgliedsbetriebe nur in den Fällen von der tariflichen Bestimmung — 15 Proz. Abzug ab 1. August 1931 bei Kurzarbeit — Gebrauch machen, wo betriebliche Notwendigkeiten zur Vermeidung von Entlassungen vorliegen. Aus diesem Grunde hätten ja zahlreiche Firmen, wie Siemens usw., betriebliche Vereinbarungen im Sinne der Forderungen der UFA-Verbände mit den Angestelltenvertretungen vereinbart.

Wie wir soeben erfahren, hat auch der UFA-Kongress beschlossen, für den Monat September es bei dem zehnprozentigen Abzug zu belassen.

Auch der Ostram-Kongress führt ab 1. September Kurzarbeit ein, jedoch kann eine Gehaltsminderung auf Grund der tariflichen Ankündigungsfristen in diesem Falle erst ab 1. Oktober vorgenommen werden.

Der Arbeitgeberverband sagte zu, allen Mitgliedsfirmen auf Grund der gestrigen Verhandlungen ein Rundschreiben zuzustellen, daß auch in Zukunft nur dort ein höherer Abzug als 10 Proz. vorgenommen werden soll, wo betriebliche Notwendigkeiten andere Maßnahmen zur Vermeidung von Entlassungen nicht ermöglichen. Die übrigen Firmen könnten sich dann, soweit noch nicht erfolgt, dem Vorgehen der Großbetriebe anschließen.

Die UFA-Verbände werden in Kürze eine Erhebung von öffentlichen, wieviel Angestellte der BMMZ-Betriebe von dem zehn- oder dem fünfzehnprozentigen Abzug infolge Kurzarbeit betroffen werden und wieviel voll arbeiten.

Auf die von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Veröffentlichungen der „Welt am Abend“ vom 27. August: „Das Kurzarbeitszeitabkommen muß fallen... Sonst nimmt der Abbau und die Arbeitszeiterweiterung noch schärfere Formen an!“ näher einzugehen, lehnen wir ab. Die Unternehmer werden über dem „Kassenbewußten“ Blatt für die zum Schaden der Angestelltenchaft erhaltene Aufklärung in dieser Notiz sicherlich sehr dankbar sein.

Eine lehrreiche Wahl.

Levetzen, 28. August.

Am Dienstag und Mittwoch fanden die neuangelegten Betriebsratswahlen bei der IG-Farben statt, da bekanntlich die Wahl im März dieses Jahres von der NSDAP. erfolgreich angefochten und für ungültig erklärt worden war. Wahlberechtigt waren ungefähr 8000 Arbeiter, von denen 5209, also nur etwa 70 Proz. ihr Wahlrecht ausübten. Im März wurden 5435 Stimmen, also 77,9 Proz. abgegeben. Es erhielten: Freie Gewerkschaften 1714 (1931), RKB, 1695 (2020), Christliche Gewerkschaften 1048 (1144), Nationalsozialisten 685 (156).

Der Rückgang der Stimmen der freien Gewerkschaften und auch der Christlichen erklärt sich im wesentlichen aus dem auffallenden Rückgang der Wahlbeteiligung. Ob bei der Agitation etwas verfauldet wurde, läßt sich von hier nicht entscheiden.

Wie aber erklärt es sich, daß die Kommunisten über 16 Proz. oder 325 Stimmen verloren haben, während gleichzeitig die Nazis 529 Stimmen gewannen? Haben so viele von den Nazis, deren Liste im März für ungültig erklärt worden war, damals für die KPD. gestimmt? Oder sind so viele von den Kommunisten, nachdem sie schon beim Volksentscheid für den Faschismus gestimmt hatten, direkt zu diesen abgewandert? Jedenfalls scheint von der KPD. zur NSDAP. nur ein kleiner Schritt zu sein, den viele ohne besondere Hemmung machen.

Mal herhören!

Hitlers Armeebefehl gegen die Gewerkschaften.

Die Hitlerpartei hat für die Spindelarbeit der Nazis innerhalb der Gewerkschaften neue Richtlinien herausgegeben. Es heißt darin unter anderem:

„Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den freigewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch jedoch muß er den Weg zur NSDAP. finden. Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen, denn die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften und der NSDAP. schließen sich nicht aus. Die NSDAP. sieht in den nimmer angelegten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“

Die Betriebsratswahlen haben gezeigt, daß die Nazis bei der organisierten Arbeiterschaft keinen Anhang finden. Hitler wird sich also bei der Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften noch etwas gedulden müssen. Gewerkschaftsarbeit ist nicht so ganz einfach, und von ihren Lehrmeistern, den Kommunisten, können die Nazis in diesem Punkt nichts lernen, wie die RKB. Pleiten beweisen. Abgesehen davon, werden die Gewerkschaften überall da, wo sich Nazis mausig machen, mit Ausschüssen antworten. Das war bisher schon so und das wird in Zukunft nach dem neuesten Ukas des Münchener Parteipapstes erst recht so sein.

Immer noch Lohnabbau.

Die Verhandlungen zur Lohnfrage in der Charterfahrt für die Hochseefischeret, die vor dem Hamburger Schlichter stattgefunden haben, wurden erst in später Nachtstunde beendet. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnkürzung um 5 Proz. sowie eine Senkung der Pauschalbezüge um 11 Mark vor.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Auf zum Jugendtreffen in Landsberg an der Havel! Treffen der Jugendleiter heute, Sonnabend, 28. August, um 10 1/2 Uhr, Jugendgruppe II um 10 1/2 Uhr am Bahnhof Alexanderplatz, Eingang Conradsstraße. Rückkehr Sonntag, 29. August, Schließung Bahnhof.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler im Freien ab 19 Uhr Sportplatz Humboldthain und im Schillerpark. — Weiblich auch für die Volkshilfsabteilung für die arbeitende Jugend im Jugendklub.

Verantwortlich für Politik: Walter Schill; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schmalz; Kulturelles und Sonstiges: Fritz Kersch; Angelegenheiten: H. Glode; Schriftlich in Berlin: Bezirk: Nordkreis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordkreis-Verlagsgesellschaft und Berlin-Anstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Seite 2 Beilage.